

Sand im Getriebe 39

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html, mail an die Redaktion: sig@attac.de

USA marschiert nach rechts Der Rest der Welt in die entgegengesetzte Richtung

Das war kein gutes Jahr 2004, ein Jahr des neoliberalen Sozialkahltschlags im Innern und ein Jahr des blutigen imperialen Beatzungsregimes im Irak, noch dazu abgeschlossen mit einem Wahlsieg von Bush und seiner Krieger-Junta und dem anschließenden Massaker in Fallujah. Eine solche Niederlage der antisystemischen Kräfte muss gründlich analysiert werden. Zu den Wahlen in den USA schreibt **Walden Bello**: „Die schlimmste Wahrheit ist in der Tat, dass der Sieg der Republikaner, wenn auch nicht überwältigend so doch deutlich war“ und dass „der Schwerpunkt der US-Politik nicht in der rechten Mitte sondern bei der **extremen Rechten** liegt.“ Für die progressiven Kräfte innerhalb der USA gelte es, endlich aufzuwachen und „einen langfristigen Kampf um ideologische und organisatorische Hegemonie zu führen“. Walden Bello meint allerdings auch, die USA als das am höchsten verschuldete Land der Welt befänden sich in einer **Krise des „Überdehnung“**, dies vor allem aufgrund des irakischen Widerstandes. Es gelinge den USA **nicht**, den Rest der Welt nach rechts mitzuziehen (siehe die Berichte über **Uruguay, Chile, Bolivien und Afrika**). Auch **Susan George** stellt schockiert fest, dass wir es noch einmal 4 Jahre mit einer Clique von ungezügelter Proto-Faschisten zu tun haben und folgert: „Jetzt muss Europa die Führung übernehmen“.

Etwas anders sieht das **Peter Strutinsky** auf dem Friedensratschlag 2005: „Die gegenwärtige Welt- und Kriegspolitik lässt sich also beim besten Willen nicht auf die Formel bringen: hier die bösen USA resp. ihre Regierung, dort das zivilmächtige Europa. **Vielmehr ziehen die Regierenden hüben und drüben an einem imperialistischen Strick**, an dem zuallererst die Dritte Welt und in zweiter Linie die arbeitende und - vor allem - die nicht (mehr) arbeitende Bevölkerung der Ersten Welt baumeln.“

Immanuel Wallerstein stellt im aktuellen Nachwort zu seinem soeben erschienenen Buch ebenfalls fest „*Bush ist der aggressivste reaktionäre Präsident in der Geschichte der USA überhaupt ... Die Vereinigten Staaten sind die großen Verlierer der Wahl 2004 – die Welt könnte der Gewinner sein.*“

In Lateinamerika wachsen die Gegenströmungen. Hier und anderswo sind es die anderen Soldaten, die Beamten von IWF und Weltbank, die seit 60 Jahren durch strukturelle und offene Gewalt Elend, aber auch Widerstand erzeugen. Während **Eric Toussaint** die **Unterstützung von Diktaturen durch Weltbank und IWF** nachweist, prangern Organisationen wie **Jubilee South** das zerstörerische Wirken dieser Institutionen an und erheben u.a. die Forderung nach der Streichung der Schulden der

Inhalt:

<u>Wahlen in den USA</u>		
	Zerbricht die \$ Kette ?	2
Walden Bello	Die Herausforderung der republikanischen Rechten an die globale Antikriegsbewegung	3
Susan George	Jetzt muß Europa führen	5
Immanuel Wallerstein	Die Vereinigten Staaten sind die großen Verlierer der Wahl 2004	6
Attac Frankreich	Aufgaben gegenüber der US-Politik	7
Peter Strutynski	Europa am Scheideweg - die Welt am Abgrund	8
Friedensratschlag	Aufruf	12
Jüdischer Kulturverein	Wider die Islamophobie	12
Rainer Rupp	Die grüne Kriegsfront	13
Sabah Alnasseri	Wahlen nur ohne Besatzung	13
<u>Lateinamerika geht nach links</u>		
Eduardo Galeano	Uruguay hat gegen die Angst gewählt	15
	ATTAC in Lateinamerika -	16
	Bolivien: Wahlergebnisse	16
<u>Palästina nach Arafat</u>		
Attac-Frankreich	Kommuniqué	17
Sophia Deeg	Moustafa Barghouthi kandidiert	17
<u>Weltbank und IWF</u>		
Erich Toussaint	60 Jahre Bretton-Wood-System Zur Unterstützung von Diktaturen durch Weltbank und IWF	18
Jubilee South	Beendet 60 Jahre der Zerstörung: IWF - Weltbank raus!	25
Attac Deutschland	Argentiniens Diktatur-Schulden sind sittenwidrig	27
Wangari Maathai	Mit der nationalen und lokalen Selbstbestimmung beginnt alles	27

3. Welt. - Dies tut auch die diesjährige Friedensnobelpreisträgerin **Wangari Maathai**, die uns aus Kenia einen weihnachtlichen Rat mit auf den Weg gibt: Wir müssen „den kommenden Generationen einen eigenen Wert zubilligen. Tun wir das nicht, dann reduzieren wir uns zu konsumierenden Einzelkämpfern, die ihren Lebenssinn im Kaufen finden und nur für den Moment leben“

Die nächste Nummer erscheint Anfang Januar., Wir berichten über das Europäisches Sozialforum und veröffentlichen mehrere Beiträge zu einem Schwerpunkt der ATTAC-Politik im Jahre 2005: Dem Kampf um ein anderes, ein friedliches, soziales, gerechtes und solidarisches Europa.
Die SiG-Redaktion

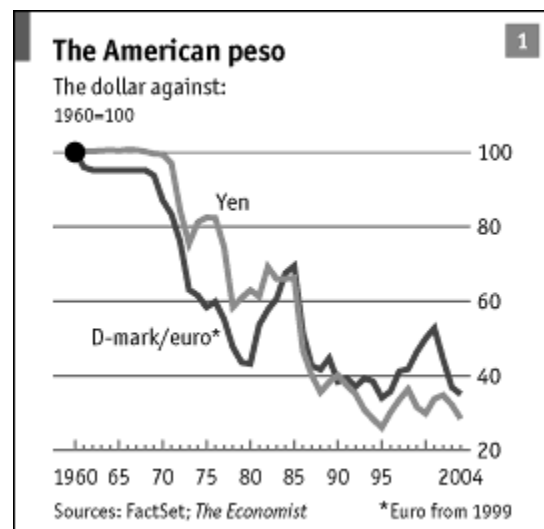
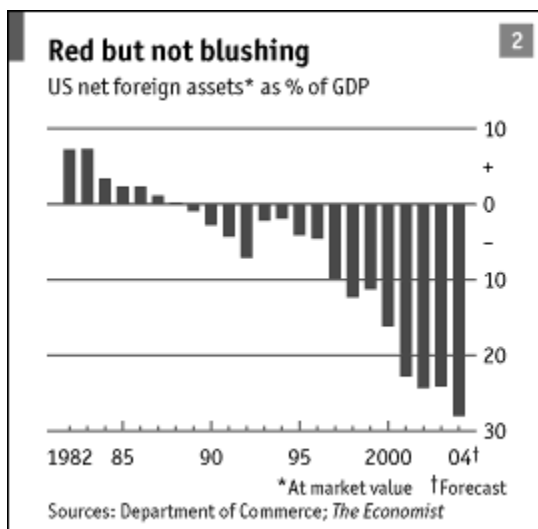
Zerbricht die \$ Kette?

Wie lange kann der Dollar die wichtigste Weltreserve-Währung bleiben.

Nach der Wahl in den USA fällt der Dollar im Verhältnis zu Euro und Yen und die Presse schlägt Alarm. Der Tagesspiegel warnt vor der „Dollar-Bombe“. Der Economist titelt „The disappearing Dollar“ und warnt vor einem Zusammenbruch des Weltwährungssystems.

„Der Dollar war so lange sich die meisten Menschen erinnern können die internationale Leitwährung. Aber diese dominante Rolle kann nicht länger als gesichert angesehen werden. Wenn Amerika (gemeint die USA d.Ü.) weiter so viel leiht und ausgibt wie bisher, dann wird der Dollar schließlich seinen mächtigen Status im internationalen Finanzsystem verlieren. Und das würde weh tun: das Privileg, die Weltreservewährung zu drucken erlaubt es den USA, billig zu leihen und dadurch wesentlich mehr auszugeben als sie an Devisen verdient, zu wesentlich bessern Bedingungen als sie anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man stelle sich vor man könnte Cheques ausschreiben, die als Zahlungsmittel angenommen werden, und sie würden nie eingelöst. Darauf läuft es hinaus. Wenn man so ein Privileg zugestanden bekommt, würde man sicherlich darauf achten, dass man es behält. Die USA kümmern sich jedoch nicht darum und das könnte ihnen bald leid tun.“ (Economist 40/2004)

Der Dollar ist nicht mehr, was er früher mal war. In den vergangenen 3 Jahren hat er 35 % seines Wertes gegenüber dem Euro verloren. „Das globale Finanzsystem ist unter großem Stress.“ Die USA haben ein riesiges Haushaltsdefizit und „ein Leistungsbilanzdefizit, das groß genug ist, um jedes andere Land schon vor langer Zeit in den Bankrott geschickt hätte“.



Es herrscht eine **heuchlerische Doppelmoral** im Weltfinanzsystem. Während der Internationale Währungsfonds regelmäßig die verschuldeten Länder der 3. Welt zu antisozialen Strukturanpassungsmaßnahmen zwingt und der Hoheit über ihre eigene Wirtschaftspolitik beraubt, können sich die USA bisher noch straflos das größte Außenwirtschaftsdefizit aller Zeiten leisten. Sie importieren Waren en masse, ohne die Gegenwerte durch Exporte zu verdienen. **Sie saugen die besten Wissenschaftler und die Ressourcen der ganzen Welt ins Land und bezahlen - mit bedrucktem Papier.** Gläubiger auf der ganzen Welt haben 11 Trillionen Dollarreserven angesammelt. Irgendwann kommt der Zeitpunkt, an dem eben diese Gläubiger die Geduld verlieren. „Der Verlust des Status einer Reservewährung des Dollars würde Amerikas Gläubiger dazu veranlassen, all die ungedeckten Cheques einzulösen – und was für eine unangenehme Riesensumme von Cheques das sein würden! Sollte dieser Prozess erst einmal an Fahrt gewinnen, würde der Dollar tiefer und tiefer stürzen. Die langfristigen Zinsen in den USA würden nach oben schießen und mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit eine tiefe Rezession verursachen.“ Und der Rest der Welt würde mit ins Unglück gezogen. Die Verwerfungen der Vergangenheit, die **finanzielle Überdehnung** würden sich rächen. Gut, sich auf diese Möglichkeit vorzubereiten.
Diagramme ECONOMIST 40/04 - Übersetzung P.Str.

Ausführliche Analyse http://www.economist.com/printedition/displaystory.cfm?Story_ID=3446249

Die Konsequenzen für die Linke analysiert Loren Goldner: <http://www.home.earthlink.net/~lrgoldner>

Siehe auch: **Harald Schuman: Die Dollar-Bombe** (<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/20.11.2004/1485194.asp>)

Walden Bello

Die USA marschieren nach rechts.

Der Rest der Welt in die entgegengesetzte Richtung

Analyse der Wahlen in den USA

Immer noch besteht Betrugsverdacht besonders bei der Wahl in Ohio, aber die Mehrheit in den Vereinigten Staaten, einschließlich der demokratischen Partei, hat den Sieg George W. Bushs über John Kerry anerkannt.

Die schlimme Wahrheit ist in der Tat, dass der Sieg der Republikaner, wenn auch nicht überwältigend so doch deutlich war. Mit Ronald Reagan hatte 1980 eine neue Phase politischer Umwälzung in den USA begonnen; die Wahl im Jahre 2004 bestätigte, dass der Schwerpunkt der US-Politik nicht in der rechten Mitte sondern bei der **extremen Rechten** liegt. Bis heute gilt unverändert, dass das Land in zwei fast gleich große –verbitterte - Teile geteilt ist. Die republikanische Rechte hat für ihre Basis eine simple Strategie entworfen und verwirklicht: auf allen Ebenen die Macht zu ergreifen, dort, wo gewählt wird, und ebenso in der Zivilgesellschaft und in den Medien. Während die Liberalen und Progressiven gestolpert sind, hat die radikale Rechte die verschiedenen Teile ihrer Basis unter einer äußerst einfachen Vision vereint: den Süden und den Südwesten, die Mehrheit der weißen Männer, die oberen und mittleren Klassen, die von der liberalen Wirtschaftsrevolution profitierten, die amerikanischen Firmen und den christlichen Fundamentalismus. Diese Sichtweise ist im Wesentlichen unerschütterlich; es ist ein Bild eines von innen geschwächten Landes, einer Allianz aus Liberalen, die für eine aufgeblasene Zentralregierung eintreten, aus promiskuitiven Schwulen und Lesben und aus illegalen Immigranten; eines Landes, das von hasserfüllten Horden der Dritten Welt und verweichlichten Europäern umlagert ist, die neidisch sind auf Amerikas Wohlstand und seine Macht.

Zwei Amerikas

Es gibt tatsächlich zwei Amerikas, aber das eine ist verwirrt und desorganisiert, während das andere von Zuversicht und Arroganz überschäumt, verliehen durch überlegene Strategie und Organisation. Der radikalen Rechten ist es gelungen, mit ihrer Vision von der Rückkehr zu einer imaginären Gesellschaft - zu einem ursprünglichen weißen christlichen Kleinstadt-Amerika der 50er Jahre –, etwas zu aufzubauen, was der italienische Denker Antonio Gramsci einen „**hegemonialen Block**“ nannte. Und dieser Block schickt sich an, in den nächsten 25 Jahren zu herrschen. Die Zukunft von Demokratie, wirtschaftlichen Rechten, individuellen Rechten und Rechten von Minoritäten in den USA scheint düster auszusehen. Vielleicht bedurfte es dieses zweiten Therapieschocks – der erste war der Sieg Reagans – damit das progressive Amerika endlich aufwacht und das tut, was nötig ist, um eine Wende herbeizuführen: einen allumfassenden Kampf um ideologische und organisatorische Hegemonie zu führen, in dem es keine Gnade erwarten kann, keine gewähren darf und sich keinen Fehler mehr erlauben darf.

Imperiales Dilemma

Obwohl Amerika nach rechts marschiert, vermag es nicht, den Rest der Welt mitzuziehen. Tatsächlich bewegt sich der Rest der Welt in die entgegengesetzte Richtung. Nichts verdeutlicht das besser als die Tatsache, dass in derselben Woche, in der Bush wieder gewählt wurde, in Uruguay eine Koalition von linken Parteien zur Macht kam. Hugo Chavez, Washingtons Nemesis in Lateinamerika, gewann die Wahlen in Venezuela und Ungarn kündigte den Rückzug von 300 Soldaten aus dem Irak an. Obwohl die amerikanische Rechte ihre Position im Land ausbaut, **kann sie den Verfall globaler US-Herrschaft nicht aufhalten.**

Der Hauptgrund für das, was wir krisenhafte **Überdehnung** oder als Kluft von Zielen und Mitteln dank imperialer Ambitionen genannt haben, liegt in der massiven Fehleinschätzung der **Irakinvasion**. Diese Krise wird sich in Bushs zweiter Amtsperiode wahrscheinlich fortsetzen, wenn nicht verschärfen. Das imperiale Dilemma wird in folgenden Punkten überdeutlich:

Trotz der von den USA unterstützten Wahlen in **Afghanistan** beherrscht die Karzai-Regierung nur Teile von Kabul und von zwei oder drei anderen Städten. UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte: Trotz der Wahlen „werden ohne funktionierende Institutionen, die fähig sind, die Grundbedürfnissen der Bevölkerung im ganzen Land zu befriedigen, Autorität und Legitimität der neuen Regierung nur von kurzer Dauer sein.“ Und solange dies der Fall ist, wird Afghanistan 13 500 Soldaten im Land und 35 000 unterstützendes Personal außerhalb binden.

Der US-Krieg gegen **Terror** war ein Schuss nach hinten, da Al Qaida und seine Alliierten heute viel stärker sind als 2001. In dieser Beziehung sagte Osama bin Ladens Video vor der Wahl mehr als tausend Worte. Die Invasion des Irak hat, wie Richard Clarke, Bushs früherer Anti-Terror-Zar, behauptet, den Antiterrorkrieg aus den Gleisen geworfen und für Al Qaida die beste Rekrutierungswerbung geliefert.

Aber selbst ohne Irak haben schon die heftigen Polizei- und Militärmethoden im Umgang mit dem Terrorismus Millionen von Muslimen den USA entfremdet. Nichts zeigt dies besser als Südthailand, wo die Antiterror-Ratschläge der USA dazu beigetragen haben, dass Unzufriedenheit in einen Aufstand umgeschlagen ist.

Mit der vollen Unterstützung von Ariel Sharons aussichtsloser Strategie, die Entstehung eines Palästinenserstaates zu sabotieren, hat Washington alles politische Kapital verspielt, das es unter den Arabern mit der Vermittlung des jetzt gescheiterten Oslo-Vertrages gewonnen hatte. Ferner hat die Pro-Sharon-Strategie zusammen mit der Besetzung des Irak die Alliierten Washingtons in den arabischen Eliten exponiert, diskreditiert und verletzlich gemacht.

Die atlantische Allianz ist tot, und in der kommenden Periode werden Handelskonflikte gemeinsam mit politischen Differenzen die USA und **Europa** weiter auseinander treiben. Europa hat für die Nachhaltigkeit des amerikanischen Imperiums eine Schlüsselposition. Wie der neo-konservative Autor Robert Kagan bemerkt: „*Amerika wird die Legitimation brauchen, die Europa bieten kann, aber Europa kann sie durchaus verweigern.*“

Lateinamerikas Bewegung nach links wird sich beschleunigen. Der Sieg der linken Koalition in Uruguay ist einfach der letzte in einer Serie von Wahlsiegen progressiver Kräfte im Anschluss an Venezuela, Ecuador, Argentinien und Brasilien. Neben diesen Wahlergebnissen der Linken sind auch Massenaufstände möglich, wie der in **Bolivien** im Oktober 2003. Einer der Freunde der USA, der frühere mexikanische Außenminister Jorge Castaneda sprach von der Wende zur Linken und weg vom Imperium. Er bewertete die Situation korrekt: „*Die Freunde Amerikas ... spüren die Glut antiamerikanischen Zorns. Sie fühlen sich gezwungen, ihre Rhetorik und ihre Haltung zu ändern, um die Verteidigung ihrer Politik, die als proamerikanisch oder US-hörig gesehen wird, zu dämpfen und um ihren Widerstand gegen Washingtons Forderungen und Wünsche zu stärken.*“

Irak: Feuerprobe für den globalen Widerstand

Irak ist natürlich der Hauptgrund für den Verfall des Imperiums. Der irakische Widerstand hat nicht nur die koloniale Übernahme des Landes durch die USA verhindert.: Er hat - das ist ebenso wichtig - weltweit eine neue Generation von Antiimperialisten hervorgebracht, für die Vietnam längst Vergangenheit ist, und ihr gezeigt, dass es möglich ist, ein Imperium matt zu setzen und womöglich zu besiegen.

Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die Bush-Regierung die Zeichen an der Wand so bald zur Kenntnis nimmt. Sie wird die Stadt **Fallujah** stürmen in der verzweifelten Illusion, dass dies das Operationszentrum des Aufstandes zerstört. Fallujah ist aber kein Operationszentrum, sondern ein symbolisches Zentrum, das seine Rolle schon gespielt hat, und sein „Fall“ wird die Verbreitung und Vertiefung der dezentralisierten Widerstandsbewegung im ganzen Irak nicht aufhalten. Die Aufständischen in Fallujah werden sich nach einem Kampf vermutlich zurückziehen und wie in Samara die konventionelle Verteidigung der Stadt durch Guerillatätigkeit ersetzen, die die US-Armee und ihre irakischen Söldner piesackt und festnagelt.

Da 55 Städte und Orte bereits zu für US-Truppen unzugängliche Zonen erklärt sind, wird die Bush-Regierung bald erkennen, dass es unmöglich ist, die Masse der städtische Zentren zu erobern und zu besetzen. Heute sind etwa 130 000 US-Soldaten im Irak. Nur um die Guerilla zum Stillstand zu bringen, bräuchte man mindestens 500 000 Soldaten, gemessen am Widerstand heute im Irak. Das ist aber nicht möglich, es sei denn Bush führt die Wehrpflicht wieder ein, und das würde eine Unruhe erzeugen, die die derzeitige republikanische Herrschaft bedrohen würde.

Washingtons Alternative ist die Errichtung von Festungen, hinter die man sich zurückzieht und von denen aus man periodisch Ausfälle startet, um Flagge zu zeigen. Obwohl das de facto eine Niederlage für die USA bedeutet, heißt es doch auch, dass die irakischen Widerstandskräfte nicht die de jure

Kontrolle über das Territorium haben, um sich für souverän zu erklären und einen echten nationale Regierungsbildungsprozess zu beginnen.

Herausforderung für die Bewegung

Eine der hervorragenden Prioritäten der globalen Antikriegsbewegung ist weiterhin die Unterstützung des Kampfes des irakischen Volkes für einen souveränen Raum und für eine nationale Regierung der eigenen Wahl.

Eine zweite ist die Beendigung der israelischen Besetzung Palästinas und der Missachtung der Rechte des palästinensischen Volkes.

Zunächst jedoch muss die Bewegung über Spontaneität hinauswachsen und zu einer neuen Ebene grenzüberschreitender Koordination gelangen. Sie muss weiter gehen als bis zu jährlichen Protesttagen. Die **kritische Masse**, die das Ergebnis des Krieges beeinflusst, wird nur mit einer Flutwelle des globalen Protests erreicht, ähnlich der, die die Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg 1968 bis 1972 kennzeichnete – einer Welle, die Millionen von Menschen in einen dauernden Zustand des Aktivismus versetzt hat. Koordination wird darüber hinaus heißen, nicht nur Massendemonstrationen zu koordinieren sondern auch **zivilen Ungehorsam**, Bearbeitung der globalen Medien, tägliches Lobbying von Verantwortlichen und politische Bildung. Effektivere Koordination und – ja – **Professionalisierung der Antikriegsarbeit** darf allerdings nicht auf Kosten der partizipatorischen Prozesse erreicht werden, der unsere Bewegung kennzeichnet.

Als nächste taktische Mittel sollten neue Formen des Protestes praktiziert werden. Sanktionen und Boykotte sind Methoden, die ins Spiel zu bringen sind. Auf dem WSF in Mumbai in diesem Jahr schlug Arundhati Roy vor, mit zwei US-Firmen, die direkt vom Krieg profitieren, wie Halliburton und Bechtel zu beginnen um weltweit die Schließung ihrer Filialen zu erreichen. Es ist an der Zeit, ihre Vorschläge ernst zu nehmen, nicht nur bezüglich US-amerikanischer Firmen, sondern auch bezüglich israelischer Firmen und Produkte. Darüber hinaus muss der Grad der Militanz erhöht werden, durch Ermutigung zu immer mehr zivilem Ungehorsam und gewaltfreier Störung des ‚business as usual‘. Wir müssen Washington und seinen Verbündeten deutlich machen, dass es **‚business as usual‘ nicht geben kann, solange der Krieg weiter geht**. Die Debatte, die in Großbritannien geführt wird, ob friedliche Demonstrationen oder ziviler Ungehorsam zu betreiben sind, ist fruchtlos, da **beide** wesentlich sind und in innovativer und effektiver Weise zu kombinieren sind.

In den USA können Aktivisten auf die äußerst machtvolle Tradition des **Ungehorsams** gegenüber ungerechten Gesetzen zurückgreifen, die Menschen bewegten wie die Abolitionisten, Henry David Thoreau, die Quäker und die Berrigan Brothers. Tatsächlich könnte diese Art des Widerstandes der Schlüssel sein, um nicht nur den imperialen Schwung zu bremsen sondern auch den Drang, politische Freiheiten und die Demokratie einzuschränken. Die Option der Wahl ist jetzt vorbei. Mehr denn je gilt es, dem imperialen Gesetz gewaltlos zu widerstehen - unter Berufung auf ein höheres Gesetz.

Zum **Dritten** ist klar, dass Großbritannien und Italien (Großbritannien speziell) die Hauptstützen von Bushs Kriegspolitik außerhalb der USA sind. Bush beruft sich andauernd auf diese Regierungen, um das US-Abenteuer zu legitimieren. Was in Italien passiert, beeinflusst das, was in Großbritannien passiert. Beide Länder haben eine solide Antikriegsmehrheit, die jetzt in eine machtvolle Kraft umgesetzt werden muss. Das ‚business as usual‘ in diesen von Komplizen-Regierungen beherrschten Ländern ist zu stören. Beide Länder haben eine lange Tradition von Generalstreiks, die begleitet von massivem zivilen Ungehorsam die Kosten der Regierungen für die Unterstützung Washingtons beträchtlich erhöhen könnte. Wenn man fragt, warum die Demonstrationen vom 20. März 2004 weniger Menschen anzogen als die vom Februar 2003, antworten viele Aktivisten in Großbritannien und Italien: weil die Menschen das Gefühl hatten, ihre Aktionen könnten die USA sowieso nicht von ihrem Krieg abhalten. Dieser Art von Defätismus und mangelnder Moral lässt sich nicht dadurch begegnen, dass man die Forderungen an die Leute abschwächt, sondern nur dadurch, dass man sie steigert. Man muss sie auffordern, ihren Körper in Aktionen zivilen Ungehorsams einzusetzen.

Zum **Vierten**. Da der **Nahe Osten das strategische Schlachtfeld der nächsten Jahrzehnte** ist, wird es wesentlich, Verbindungen zwischen der globalen **Friedensbewegung** und der **arabischen Welt** zu knüpfen. Die Regierungen des Nahen Ostens verhalten sich den USA gegenüber bekanntlich unterwürfig. Wie in Europa müssen unsere Anstrengungen hauptsächlich auf Solidaritätsverbindungen zwischen Bürgerbewegungen konzentriert

werden. Das wird allerdings einen mutigen und kontroversen Schritt bedeuten, da die stärksten Anti-US-Bewegungen im Nahen Osten von den USA und einigen europäischen Regierungen als „Terroristen“ oder „Sympathisanten der Terroristen“ gebrandmarkt sind. **US-Begriffsbildungen** dürfen die Menschen nicht daran hindern, die nach einer Basis für gemeinsames Vorgehen zu suchen. Ähnlich entscheidend ist es für die palästinensische Bewegung und die israelische antizionistische und Friedensbewegung, **über die Etikettierung durch ihre Regierungen hinaus zu wachsen** und Wege der Kooperation zu finden, um die israelische Besatzung zu beenden. Es muss ein Weg gefunden werden, Menschen aus scheinbar unversöhnlichen Positionen zusammen zu bringen. In dieser Beziehung war die Beirut Antikriegsversammlung, die Mitte September 2004 unter starker Beteiligung der globalen Friedensbewegung und sozialer Bewegungen aus der gesamten arabischen Welt stattfand, ein bedeutender Schritt.

Zu Beginn der zweiten Amtszeit bleibt Bushs Agenda unverändert: **Weltherrschaft**. Unsere Antwort ist die gleiche: **weltweiter Widerstand**. Nur eines kann die dunklen Pläne des Imperiums im Irak, Palästina und sonst wo vereiteln: militante Solidarität unter den Völkern der Welt. Diese Solidarität wirklich, machtvoll und siegreich werden zu lassen, das ist die vor uns liegende Herausforderung.

Focus on the Global South, 8. November 2004: *“The Republican Right's Challenge to the Global Anti-War Movement”* <http://www.focusweb.org/main/html/Article532.htm>
[IPOSTNUKESID=97d63ffbd845983e129175f4f3271cfb](http://www.focusweb.org/main/html/Article532.htm)
Übersetzung Bernt Lampe / Thomas Steinberg

Susan George Jetzt muß Europa führen

Normalerweise mag ich ja solche Massenszenen nicht, aber der französische TV-Sender hatte mich gebeten, im "Planet Hollywood", einem riesigen Nachtclub auf dem Champs-Elysees, als eine der KommentatorInnen zu den US-Wahlen aufzutreten. Also war ich umgeben von den schwätzenden Klassen, die wir hier die "BOBOS" (bourgeois-bohemians) nennen und natürlich von einer Menge von Politikern und Medienleuten. Ich blieb bis nach 4 Uhr früh und kam völlig deprimiert nach Hause nachdem deutlich wurde, dass der anfängliche Trend zugunsten von Kerry sich gedreht hatte.

Ich war gerade am Montag zuvor aus den USA zurückgekommen, wo ich am Samstag in einer kleinen Stadt in Pennsylvania mit Freunden von der Cornell Universität die Kerry-Wahlkampagne unterstützt hatte. Wir alle dachten, er hätte eine sehr gute Chance, obwohl jeder zugab, dass es schwer ist, sich für ihn zu begeistern. Es gab sogar eine Gruppe mit dem Namen "Kerry-Hasser für Kerry", ein Ausdruck dafür, dass dieser Mann nicht gerade der charismatischste auf der Erde ist. Aber immerhin ist er kein Proto-Faschist oder ein Unilateralist, und das ist es ja wohl, womit wir jetzt konfrontiert sind. Mit 4 Jahren vor sich und ohne die Sorge um eine Wiederwahl werden Bush und die gruseligen NeoCons um ihn herum wohl, so fürchte ich, wild um sich schlagen. Sie werden strafflos die Verfassung und die hart erkämpften Freiheitsrechte attackieren, während die horrenden ökonomischen Ungleichheiten und der

religiöse Obskurantismus sich weiter im Land ausbreiten werden.

Außerhalb der Grenzen können sie zwar nicht wirklich noch eine Invasion ausführen - sie haben schlicht nicht das Geld dafür und das Zahlungsbilanz-Defizit war ja eines der best gehüteten Geheimnisse des Wahlkampfes - aber die offenen Wunden Irak und Israel-Palästina werden weiter schwelen und Bin Laden wird Tausende von neuen Rekruten gewinnen.

Also, Leute, 3/11 ist der erste Tag vom Rest unseres Lebens. Die Britten müssen ihre Anstrengungen verdoppeln, um Blair loszuwerden. Die Europäer im allgemeinen müssen verstehen, dass man nicht darauf hoffen kann, dass sich die USA in irgendeine notwendige Anstrengung oder für ein vernünftiges Ziel einbringen werden. Egal, ob es um Klimawandel, Nord-Süd-Solidarität, die Beziehungen zur muslimischen Gemeinde, um Sozialsysteme in unseren Ländern oder um irgend ein anderes drängendes Problem geht - die Europäer müssen die Führung übernehmen. Tun wir das nicht und warten auf Bush, dann werden wir auf Godot warten und den Planet und seine Bevölkerung verrotten lassen. Es ist nur eine kleine Chance - unsere eigenen Regierung sind ja schlimm genug - aber es ist die einzige, die wir haben!

<http://www.tni.org/archives/george/lead.htm>
Open Democracy, 3 November 2004

Immanuel Wallerstein

Die Vereinigten Staaten sind die großen Verlierer der Wahl 2004 - die Welt könnte der Gewinner sein.

George W. Bush wurde als Präsident der USA wiedergewählt, und er hat den Kreis der ihn unterstützenden Kräfte in beiden Häusern des Kongresses ausgeweitet. Was geschieht nun – in den USA, in der Welt? Wir müssen die Analyse mit einer Einschätzung von Bush beginnen.

Bush ist der bei weitem rechteste Präsident der Vereinigten Staaten seit der Weltwirtschaftskrise. Und er ist der aggressivste reaktionäre Präsident in der Geschichte der USA überhaupt. Ich verwende den Begriff »reaktionär« in seiner klassischen politischen Bedeutung – jemand, der die Uhren zurückdrehen möchte. *Bush hat bereits in seiner ersten Amtszeit deutlich gemacht, dass er nicht die Absicht hat, in der Durchsetzung seines Programms kompromisslerisch oder moderat vorzugehen. Er setzt lieber einen Bulldozer ein, um seine Ziele zu erreichen, er überläuft die Oppositionskräfte und selbst schwache Angehörige des eigenen Lagers. Er hat anlässlich seiner Wiederwahl erklärt, dass er an politischem Kapital gewonnen hat, und dass er dieses nutzen wird.*

Innerhalb der Republikanischen Partei hat Bush drei unterschiedliche Anhängerschaften: die christliche Rechte, das Großkapital und die Militaristen. Sie alle sticht bereits der Hafer, und sie setzen Bush bei der Verfolgung ihrer Interessen unter Druck. Ihre Prioritäten sind allerdings recht unterschiedlich, und keiner dieser drei Kreise unterstützt die Belange der anderen mehr als nominell.

Die christliche Rechte ist vor allem um die innere Entwicklung in den Vereinigten Staaten besorgt. Sie konzentriert ihre Angriffe auf **zwei aktuelle Fragen: gleichgeschlechtliche Ehe und Abtreibung.** Sie will gleichgeschlechtliche Eheschließungen unmöglich machen. Um dies definitiv durchzusetzen, braucht sie eine Verfassungsänderung. Und sie möchte Abtreibungen verbieten, was voraussetzt, dass der Oberste Gerichtshof die so genannte Roe v. Wade-Entscheidung¹ aufhebt. Dazu bedarf es der personellen Neuzusammensetzung des Obersten Gerichtshofs, damit eine 5 zu 4-Entscheidung für eine derartige Aufhebung zustande kommen kann. Gegenwärtig sind drei Richter dazu bereit, aber einer von ihnen geht in den Ruhestand. Bush muss also drei neue Richter ernennen, um Roe v. Wade aufzuheben.

Aber das ist nur der Anfang der Agenda der christlichen Rechten. Sie möchten den gesamten Prozess der Liberalisierung der Sitten rückgängig machen, der eines der Kennzeichen des 20. Jahrhunderts war, nicht nur in den USA, sondern auch in Europa und im Großteil des Rests der Welt. In den USA wollen sie über das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen und von Abtreibung hinaus **die Empfängnisverhütung untersagen, gleichgeschlechtlichen Sexualverkehr für gesetzwidrig erklären, die Scheidungsraten zumindest senken, und einige von ihnen wollen Frauen aus der Arbeitswelt entfernen und vielleicht sogar von Wahlen ausschließen.** Zu ihrer Agenda gehört ferner, die Uhr in Richtung Rassismus zurückzudrehen,

¹ Urteil des Obersten Gerichtshofs (Supreme Court) der USA von 1973, demzufolge das Grundrecht auf persönliche Freiheit und Schutz der Privatsphäre das Recht der Frau einschließt, in den ersten sechs Monaten über den Abbruch einer Schwangerschaft frei zu entscheiden. (Editor. Anm.)

und die Vereinigten Staaten wieder zu einem Land zu machen, das gesellschaftlich und politisch von weißen Protestanten dominiert wird. Sie würden damit beginnen, **Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen aufzuheben**, und von da aus zu Einwanderungsfragen übergehen und dann vielleicht zum Wahlrecht. Damit würde die gesamte gesellschaftliche Evolution in den USA seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts rückgängig gemacht werden.

Das sind selbstverständlich die Bestrebungen der extremsten Gruppierung. Aber sie kontrolliert gegenwärtig den Großteil der politischen Strukturen der christlichen Rechten und sie spielt eine bedeutende Rolle in der Republikanischen Partei. **Ihre politische Strategie besteht darin, Gerichte auf ihre Seite zu bekommen**, damit die Legislative entsprechend verfahren kann, Leute zu ernennen, die jung genug sind, um die Entscheidungen zu institutionalisieren, und dann diese Legislative zu wählen.

Können sie das schaffen? Die christliche Rechte ist zweifellos in einer besseren Position als je zuvor, um Richter nach ihren Vorstellungen zu ernennen. Möglicherweise ist sie sogar zu einer Verfassungsänderung in der Lage, obgleich dies eine Zweidrittelmehrheit im Senat sowie die Bestätigung in drei Viertel der Staaten erfordert. Es wird nicht leicht sein, aber unmöglich ist das nicht, vor allem dann nicht, wenn Bush sein Gewicht in die Waagschale wirft.

Es erübrigt sich zu sagen, dass dafür politisch gekämpft wird und dass dies die weiterhin wichtige Minderheit der so genannten moderaten Republikaner in Bestürzung versetzt. Bush wird die christliche Rechte unterstützen, vorausgesetzt, sie bringt seine wirtschaftspolitischen Vorhaben nicht durcheinander, die für ihn selbst und natürlich für das **Großkapital** von größerer Bedeutung sind. Was wollen die Wirtschaftskonservativen? **Auch sie wollen die Uhren zurückdrehen – in Fragen der Besteuerung, der Umwelt, gesetzlicher Maßnahmen, die gegen sie gerichtet sind, und der Kosten des Gesundheitssystems.** Hinsichtlich der Besteuerung ist es einfach: Sie wollen die Steuerlast von den Reichen zu den Nicht-Reichen verschieben. Sie verfolgen dieses Ziel auf mehreren Wegen: durch Senkung der Spitzensteuersätze und der Dividendenbesteuerung sowie durch die so genannten Reformen der sozialen Sicherung und der Krankenversicherung. Das Nahziel ist, die umfassenden Steuersenkungen der ersten Bush-Administration zu perpetuieren und die Möglichkeit zu bieten, aus sozialen Sicherungsprogrammen auf eigene Rechnung auszusteigen. Das würde dazu führen, dass jüngere Jahrgänge von Besserdienenden nicht mehr in die Rentenfonds einzahlen. Im Endeffekt könnte das zur Abschaffung der gesamten sozialen Sicherungssysteme (eine Errungenschaft der Roosevelt-Administration aus dem Jahre 1935) und darüber hinaus der Einkommensbesteuerung (1913 in die Verfassung aufgenommen) führen. Öffentliche Einnahmen müssten dann durch eine Einheitssteuer oder durch Umsatzsteuern, die beide in hohem Maße regressive Wirkungen haben, sichergestellt werden.

An der Umweltfront wird der Großteil der Bush-Agenda auf dem Verordnungswege umgesetzt; gleichzeitig versuchen sie, das Gesetzgebungsverfahren für die Alaska-Pipeline zum Abschluss zu bringen. Sie setzen darauf, dass die neu zusammengesetzten Gerichte dieses Vorhaben nicht stoppen. Das gleiche gilt für ihre Bestrebungen, die Möglichkeiten für so

genannte Gruppenklagen einzuschränken, die das Großkapital für seine Missetaten heranziehen. Hier wird Bush versuchen, ein Schadensersatzrecht zu erlassen, das die Höhe der finanziellen Bestrafung, die Gerichte verhängen können, begrenzt. Und selbstverständlich ist Bush verpflichtet, nichts gegen die unanständig hohen Profite der pharmazeutischen Unternehmen zu unternehmen, auch wenn er die Gesundheitsfürsorge zu »reformieren« versucht, wodurch die realen Unterstützungszahlungen sinken.

Auch dies wird politisch durchgefochten. Der entscheidende Druck auf die Bush-Administration kommt weniger von den Demokraten als vielmehr von intelligenteren Kapitalfraktionen, die sich Sorgen machen um den Verfall des Dollar und die monströse, sprunghaft ansteigende öffentliche Verschuldung, beides Entwicklungen, die zu einem Desaster auf den Aktienmärkten führen können. Einige fordern bereits, dass die Regierung Einsparungen vornehmen soll. Der einzige Bereich, in dem kurzfristig spürbare Kürzungen vorgenommen werden können, ist der Militärhaushalt. Das bringt uns zur dritten Anhängerschaft, den Militaristen (einschließlich der Neokonservativen).

Die Militaristen wollen zu jenen noch nicht so lange zurückliegenden Tagen zurückkehren, als die Vereinigten Staaten die unangefochtene Hegemonialmacht der Welt waren und diktieren konnten, was (nahezu) global passiert. Diese Leute besetzten die Führungspositionen in der ersten Bush-Administration, und die Frage ist, ob sie diese Positionen auch in der zweiten Bush-Administration behalten. Der Irak-Krieg ist zweifellos nicht so verlaufen, wie Militaristen und Neokonservative sich das erhofft und prophezeit hatten. Zu Hause bekommen sie Probleme, nicht so sehr wegen der Antikriegsbewegung, sondern mit konservativen Kräften und jenen der Mitte, die den Irrsinn und die ökonomischen Kosten der Invasion beklagen. Unzweifelhaft ist auch, dass die Streitkräfte, die sonst immer hoch erfreut sind, wenn sie mehr Mittel für ihre Hardware bekommen, ziemlich mürrisch sind, erneut in einem Krieg festzustecken, von dem keineswegs sicher ist, dass sie ihn gewinnen. Sie fürchten den Rückschlag, den ein Truppenrückzug für die Streitkräfte zur Folge hätte. Die Führer erinnern sich an Vietnam; damals waren sie alle junge Offiziere.

Die Zivilisten unter den Militaristen preschen allem Anschein nach voran – Einmarsch in den Iran, Invasion auf Kuba. Auf

diesem Feld wird die Bush-Agenda wahrscheinlich am wenigsten erfolgreich sein, falls es überhaupt dazu kommt. Abgesehen von der weltweit wachsenden Feindseligkeit gegenüber dem »Schurkenstaat« USA (Ungarn erklärte einen Tag nach der US-Wahl, dass es seine Truppen aus dem Irak zurückzieht), wird die Verzögerungstaktik der hohen Militärs eine Menge Unterstützung von Seiten des Großkapitals erfahren. Seine Vertreter sind bestürzt über den anhaltenden finanziellen Aderlass in Folge der Kriege, was die Aussichten verschlechtert, die gewünschten ökonomischen Veränderungen durchzusetzen.

Was wir von Bush erwarten können, ist Vollgas voraus. Aber er riskiert, über Entscheidungen im eigenen Lager wie auch über die weltweite Peinlichkeit eines erzwungenen Rückzugs aus dem Irak ins Straucheln zu geraten. Die Folge könnte eine deutliche Stärkung der Antikriegsbewegung in den USA sein, was die Linke wieder mit Leben erfüllen würde, begleitet von einer Renaissance des Isolationismus, der historisch sowohl in der Linken als auch in der Rechten eine Basis hat. **Langfristig sind die Perspektiven der Bush-Agenda im Weltsystem also durchaus bescheiden. Doch was die innenpolitischen Fragen der USA betrifft, sind die kurzfristigen Aussichten recht gut.** Wir bekommen möglicherweise ein Gerichtswesen, das das gesellschaftliche Leben zurückwirft. Und wenn das der Fall ist, könnte die vieldiskutierte Polarisierung des politischen Lebens in ernsthaften inneren Konflikten eskalieren. Die Vereinigten Staaten sind die großen Verlierer der Wahl 2004; die Welt könnte der Gewinner sein.



*Aktuelles Nachwort aus dem sehr empfehlenswerten Buch von Immanuel Wallerstein: Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht - Verlag VSA, Hamburg 276 Seiten (2004) EUR 24.80 sFr 43.30 ISBN 3-89965-057-3
Siehe auch SIG19: I. Wallerstein: DER ADLER IM STURZFLUG*

Aufgaben von ATTAC angesichts der US-Politik

Auszug aus dem Vorwort zu dem Buch „L'empire de la guerre permanente – Etats-Unis et mondialisation“ (Das Imperium des permanenten Krieges, - Die USA und die Globalisierung), das von Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats und des Verwaltungsrats von attac Frankreich im April 2004 herausgegeben wurde:

„Die US-Strategie wirft für die globalisierungskritische Bewegung neue Fragen auf. Jahrelang hatte sich die Bewegung auf die Wirtschafts-, Finanz-, und Handelsbereiche, auf die Menschenrechte und auch auf die Themen Information und Kultur konzentriert. Seit dem 11. September und den Versuchen, die Bewegung wegen ihrer angeblichen Komplizenschaft mit dem „Terrorismus“ zu kriminalisieren, ist sie dazu gezwungen, wenn sie sich in einem großen Wald nicht nur um einzelne Bäume kümmern will, ebenfalls Geopolitik zu betreiben. Sie ist gezwungen, Fragen zu Themen, die scheinbar außerhalb ihres ursprünglichen Aktionsradius stehen, zu stellen und

Stellung zu beziehen. In dem Maße wie Ariel Sharon sogar die Unterdrückung des palästinensischen Volkes in den weltweiten Kampf gegen den „Terrorismus“ eingeordnet hat und in dem Maße, wie dieser Kampf eine Waffe der USA im globalen Krieg zur Neugestaltung der neoliberalen Globalisierung ist, haben Teile der Bewegung, unter anderem ATTAC, die Solidarität mit Palästina, die das Existenzrecht Israels miteinbezieht, zu einer wichtigen Aufgabe erklärt. Andere Stellungnahmen zur „Außenpolitik“ werden notgedrungen folgen, insbesondere in Europa gegenüber dem Vorhaben, einer Freihandelszone in Amerika zu schaffen (ALCA auf spanisch und portugiesisch): Dieses betrifft scheinbar nur Südamerika, aber als ein Projekt der globalen Rekolonialisierung betrifft es die ganze Welt.

Diese „Geopolitik“ einer im übrigen heterogenen, ja sogar widersprüchlichen Bewegung entspricht einer grundlegenden Entwicklung. Sie verläuft nicht ohne Schwierigkeiten, denn es gibt keine automatische

direkte Verbindung zwischen der massiven Ablehnung des Krieges durch die Völker und ihrer Zustimmung zu den Positionen der Bewegung gegen den Neoliberalismus. In dieser Hinsicht haben einige ihre Wünsche mit der Wirklichkeit verwechselt, als sie die Tragweite der Mobilisierungen für den 15. Februar 2003 und der darauf folgenden Aktionen eingeschätzt haben. Diese Mobilisierungen bedeuteten nichts anderes als eine Ablehnung der Aggressionen gegen den Irak – das haben die Wahlen in Spanien und Italien im Frühjahr 2003 gezeigt – und allgemeiner eine Ablehnung der allseits kriegerischen Politik der USA. Das ist schon viel. Die Kontinuität und die Kohärenz zwischen dem „permanenten Krieg“ und der Globalisierung unter der Leitung der USA bewusst zu machen, erfordert eine breite Aufklärungstätigkeit, eine Pädagogik, kurz eine weltweite Volksbildung. Möge dieses Buch dazu beitragen.“

(Autor: Bernard Cassen)

Peter Strutynski

Europa am Scheideweg - die Welt am Abgrund

Einführungsbeitrag auf dem Friedenspolitischen Ratschlag am 4./5. Dezember 2004 in Kassel (leicht gekürzt, Red.)

Wie immer möchte ich den Friedenspolitischen Ratschlag mit einer vorläufigen Bilanz des abgelaufenen Jahres beginnen. (...) Ich beginne mit einer guten Nachricht: Im zu Ende gehenden Jahr 2004 ist kein neuer großer Krieg in Gang gesetzt worden. Gewiss: Es sind alte Konflikte neu ausgebrochen, wie etwa in der Elfenbeinküste, im Kongo, im Sudan, in Haiti oder im russischen Tschetschenien. Auf der anderen Seite gab es aber auch - wenn auch noch so schwache - Hinweise auf eine Deeskalation von Konflikten, etwa im indisch-pakistanischen Dauerstreit um Kaschmir oder im Kampf zwischen den tamilischen Befreiungstigern und der Zentralregierung auf Sri Lanka. Was aber von vielen befürchtet worden war, dass nämlich die US-Administration in ihrem imperialen Drang zur Neuordnung der Welt nach dem Irak weitere Ziele mit Krieg überzieht, ist bislang ausgeblieben. Das hat mindestens zwei Gründe: Einmal lässt der Widerstand im Irak einen Abzug von US-Streitkräften gar nicht zu. Vorgestern hat das Pentagon sogar eine Aufstockung der Besatzungstruppen angekündigt, damit, wie es heißt, die Wahl Ende Januar durchgeführt werden kann. Solange der Krieg im Irak also andauert, können selbst die übermächtigen USA keinen neuen Kriegsschauplatz dieser Größenordnung eröffnen. Mit dieser Einsicht haben sich übrigens nicht wenige Kommentatoren hier zu Lande ihren Frust über die Wiederwahl Bushs versüßt. Der zweite Grund für den ins Stocken geratenen globalen Kriegszug der USA liegt in der anhaltenden Kritik an dieser Politik - sowohl innerhalb des Landes (gerade im Wahlkampf wollte Bush kein neues Risiko eingehen), als auch in der übrigen Welt, die den aggressiven Kurs der USA überwiegend ablehnt.

Nun zur schlechten Nachricht: Der Irakkrieg ist auch in seinem zweiten Jahr nicht beendet worden. Im Gegenteil: Er hat an Heftigkeit und Grausamkeit noch zugenommen. Zu den 100.000 toten Irakern, die meisten von ihnen Zivilisten, Frauen und Kinder - eine Zahl, die von einer unabhängigen Forschergruppe vor kurzem in einem medizinischen Fachblatt veröffentlicht wurde -, zu diesen 100.000 Toten kommen noch viele Tausende, die infolge der gnadenlosen Luftangriffe auf Falludscha, auf Mossul, auf Ramadi, auf Samarra und andere irakische Städte sterben mussten. Daher muss dieser Krieg beendet werden und müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. US-amerikanische Menschenrechts-Anwälte versuchen soeben, ein juristisches Schlupfloch auszunutzen, das es ermöglicht, einen Teil der militärischen Führung der USA hier in Deutschland anzuklagen. In der Klageschrift geht es zwar nur um "Kriegsverbrechen und Folter zum Nachteil irakischer Internierter im Gefängnis Abu Ghraib" und nicht um den völkerrechtswidrigen Krieg selbst - deswegen fehlt der Hauptverantwortliche, George W. Bush auf der Liste der beschuldigten Personen -, aber auch in einem solchen eingeschränkten Verfahren würde der Krieg insgesamt verhandelt werden. Mein Optimismus ist aber nicht so grenzenlos, dass ich der deutschen Justiz zutrauen würde, ein so delikates Verfahren überhaupt zuzulassen. Wir haben einschlägige Erfahrungen sammeln können, wie die Generalstaatsanwaltschaft mit gut begründeten Klagen gegen die Teilnahme der Bundesregierung am völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien umgegangen ist.(...)

Kriegsetappen

Die Regierungspropaganda hat 1999 beim **NATO-Krieg gegen Jugoslawien** noch leidlich funktioniert. Eine Mehrheit der Bevölkerung glaubte offenbar den "guten" Absichten der Schröders, Fischers und Scharpings, den verfolgten und bedrängten "Kosovaren" mittels einer "humanitären Intervention" beizustehen. Dass der Krieg die - im wesentlichen sozialen - Probleme im Kriegsgebiet bis zum heutigen Tag nicht lösen konnte, ist inzwischen eine Binsenweisheit. Dass der Krieg stattdessen neue Verfolgungen und Vertreibungen mit sich brachte, die auch unter dem "Schirm" von KFOR nicht verhindert werden konnten, gehört zu den besonders beschämenden Resultaten einer militärgestützten "Menschenrechtspolitik".

Der im Gefolge des 11. September 2001 begonnene "**Krieg gegen den Terror**" machte zunächst in **Afghanistan Station**. Ein zweifelhaftes UN-Mandat (die Resolutionen 1368 und 1373) wurde benutzt, um einen massiven Bombenkrieg zu rechtfertigen, in dessen Verlauf Tausende von Zivilpersonen - darunter so manche Hochzeitsgesellschaft - ausgelöscht wurden. Mit Hilfe der Vereinten Nationen und unter aktiver Beteiligung der deutschen Bundesregierung wurde bis heute erreicht, dass Afghanistan einen gewählten Präsidenten und ansonsten viele unabhängige Kriegsherrschaften und die höchste Opiumproduktion der Welt hat. Blühende Mohnlandschaften ersetzen einstweilen die Verheißungen auf ein Leben in Freiheit, Demokratie und sozialem Wohlstand.

Die nächste Etappe des US-geführten Antiterrorkriegs galt einem ebenso diktatorischen wie - aus westlicher Sicht - unbotmäßigen Regime im Nahen Osten: **Der Irak** wurde von einem Krieg heimgesucht, dessen offizielle Rechtfertigungsgründe so gründlich zerstoßen wie die Aussicht auf ein baldiges Ende der Gewalt. Massenvernichtungswaffen? Fehlanzeige! Menschenrechte? Abu Ghraib lässt grüßen! Demokratie? Unter Besatzungsvorbehalt! Und ganz nebenbei wurde die Rhetorik von der "humanitären Intervention" beiseite geschoben und durch das ungenierte Konzept des Präventivkriegs ersetzt.

In der Nationalen Sicherheitsstrategie des US-Präsidenten vom September 2002 wurde dieses Konzept erstmals ausformuliert, in Europa und bei den Vereinten Nationen wurde es heiß diskutiert - und in der **EU-Verfassung** sowie in der Europäischen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 findet es plötzlich Nachahmung. Auch die EU soll danach im Kampf gegen den Terrorismus weltweit Militär in Bewegung setzen können - wobei, wie es im Verfassungstext so schön heißt - "die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet" stattfindet (Art. III-309,1). Der Aufbau einer Europäischen Armee, spezielle "Battle Groups" und die Errichtung einer Rüstungsagentur (offiziell: "Verteidigungsagentur") sollen die weltweite Verwendungsfähigkeit der EU-Militärkräfte herstellen.

Neoliberalismus und Globalisierung

Die gegenwärtige Welt- und Kriegspolitik lässt sich also beim besten Willen nicht auf die Formel bringen: hier die bösen USA resp. ihre Regierung, dort das zivilmächtige Europa. Vielmehr ziehen die Regierenden hüben und drüben an einem imperialistischen Strick, an dem zuallererst die Dritte Welt und in zweiter Linie die arbeitende und - vor allem - die nicht (mehr) arbeitende Bevölkerung der Ersten Welt baumeln. Wem dieses Bild zu weit geht oder zu abgeschmackt erscheint, nehme doch bitte die Armutsberichte von Weltbank und UNDP (United Nations Development Program) zur Hand oder sehe sich die sozialpolitischen Ergebnisse der neoliberalen Offensive in den Kernländern des Kapitalismus an. Auch die Armut in der immer noch sehr reichen Bundesrepublik Deutschland ist größer geworden. Der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung, der vor kurzem auf über 13 Prozent gestiegen ist, lag noch nie so hoch wie heute. Und die Bundesregierung lässt nicht erkennen, hier gegensteuern zu wollen. Im Gegenteil: Hartz IV ist nur die nach innen gerichtete Verlängerung einer auf globalen Ressourcenraub abzielenden Hegemonialpolitik. Dass sich längerfristig die daran beteiligten Hauptmächte untereinander auch noch in die Haare kriegen werden, ist deswegen kein Trost, weil uns dann erst recht die Brocken um die Ohren fliegen.

Der Geruch des Neoliberalismus und die Spur des Krieges ziehen sich um den ganzen Globus. Vielleicht ist das der eigentliche Kern der Globalisierung, die uns seit Jahren als Wundermittel zur Genesung der Welt angepriesen wird. Es ist die Art Globalisierung, die zwei deutsche Philosophen und Revolutionäre vor 156 Jahren vorausgedacht haben, als sie schrieben: *"Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. ... Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrie, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander."* (MEW Bd. 4, S. 466)

So einzigartig die Prophezie dieser beiden Männer, es waren natürlich Karl Marx und Friedrich Engels, so einzigartig auch die sozialen und ökologischen Folgen dieser rasanten Entwicklung des globalisierten Kapitalismus und so einzigartig schließlich auch die politischen Anläufe zu dessen Überwindung, die bisher allesamt gescheitert sind.

Die Vereinten Nationen und das Völkerrecht

Gescheitert sind auch viele Versuche der Antikriegs- und Friedensbewegung, drohende Kriege, darunter zwei verheerende Weltkriege, zu verhindern und die Staaten der Welt zu einer Politik der Abrüstung, des Gewaltverzichts und der gegenseitigen Achtung zu zwingen. Gewiss: Es gab Fortschritte auf diesem Weg. Nicht zuletzt die Verabschiedung der Charta der Vereinten Nationen und der Aufbau der UN-Organisationen

haben zu den größten Hoffnungen Anlass gegeben. Wir begehen im nächsten Jahr nicht nur das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas vom Faschismus (*darauf komme ich später noch zurück*), sondern auch die Gründung der Vereinten Nationen. Dieser Bund souveräner und gleicher Staaten hatte die Lehren aus zwei Weltkriegen gezogen, den Krieg als Mittel der Politik geächtet und die Mitgliedstaaten darauf verpflichtet, ihre "internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel" beizulegen. Nicht nur die Anwendung von Gewalt, auch schon deren "Androhung" ist mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar, heißt es in Artikel 2.

Gewalt androhen kann nur, wer über die entsprechenden Gewaltmittel, d.h. über Militär verfügt. Wenn Politiker also sagen, der Einsatz diplomatischer und anderer politischer Instrumente in den internationalen Beziehungen sei nur wirksam oder glaubwürdig, wenn hinter ihm eine militärische Drohkulisse stünde, dann versündigt er sich an dem Gewaltverbot der UN-Charta. Nähme man dieses umfassende Verbot wirklich ernst, dann müssten alle Staaten daran gehen, ihre Militärpotentiale abzubauen, die Rüstungsfabriken zu konvertieren und die Soldaten zu zivilisieren. Letzteres ist wahrscheinlich am schwersten. Angesichts der sukzessiven Nachrichten aus den Übungs-"Folterkellern" der Bundeswehr dürften doch gewaltige Anstrengungen vor allem auf dem Gebiet der Resozialisierung vonnöten sein.

Nun steht die UNO selbst vor einer Reform. Dafür gibt es gute Gründe, die in der veränderten Weltlage zu suchen sind. Die Konstruktion der UNO-Institutionen und ihrer Entscheidungsstrukturen reflektierte - damals vollkommen zu Recht - die politische Situation am Ende des Zweiten Weltkriegs. Bis zum heutigen Tag hat sich die Anzahl der UN-Mitgliedstaaten fast vervierfacht (von 51 auf 195 Staaten) und haben sich die Weltprobleme vervielfacht. Der vor zwei Tagen vorgelegte Reformvorschlag einer hochrangigen Kommission reflektiert denn auch die neuen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht. Die Berichterstattung darüber ist sehr selektiv: Herausgestrichen werden Formulierungen, die auf eine Aufweichung des strikten Gewaltverbots der UN-Charta hindeuten, und die Vorschläge zur Erweiterung des Sicherheitsrats. Dazu nur zwei Bemerkungen.

Erstens: Das Gewaltverbot bleibt unangetastet. Es gibt weiterhin nur zwei legitime Gründe zum Krieg, der erste ist die Selbstverteidigung gegen einen Angriff (Art. 51), der zweite ist die nach Kapitel VII der UN-Charta mögliche Intervention, wenn der Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedroht sind. Das Reformpapier nennt fünf Bedingungen, unter denen der Sicherheitsrat überhaupt militärische Interventionen anordnen dürfte, die zusammengenommen so restriktiv sind, dass es eigentlich nie zu einer Kriegsermächtigung kommen dürfte.

Zweitens: Bei der Frage nach der Ausweitung und Besetzung des Sicherheitsrats ist viel Symbolik im Spiel. Vorgeschlagen wird eine Erweiterung des Sicherheitsrats von jetzt 15 auf 24 Mitglieder. Dazu gibt es zwei Optionen: Im ersten Modell kommen sechs neue ständige Mitglieder ohne Vetorecht hinzu. Das andere Modell sieht zusätzliche Sitze für jeweils vier Jahre vor, wobei eine Wiederwahl möglich ist. Beide Modelle werden aber an dem bisherigen Machtzentrum der fünf ständigen Mitglieder mit Vetorecht nicht rütteln. Die deutsche Diplomatie hat viel Energie darauf verschwendet, sich der UNO als neues ständiges Mitglied anzudienen. Als hinge das Wohlergehen der Vereinten Nationen von einer zusätzlichen westeuropäischen Stimme in deren höchstem Gremium ab! Was wäre denn für die Welt gewonnen, wenn sich zu den fünf Atommächten und fünf

führenden Rüstungsexportnationen noch eine sechste Macht hinzugesellen würde, deren starke Position auf dem internationalen Waffenmarkt in grotesker Weise mit ihrem schlechten Abschneiden bei internationalen Bildungsvergleichen korrespondiert?! Die deutsche Außenpolitik hätte wahrlich andere Betätigungsfelder, als sich in diplomatischen Großmachtallüren zu gefallen.

Der UN-Reformbericht enthält in seinem Kern zahlreiche Vorschläge zur Konfliktprävention und anderen globalen Bedrohungen. Die Förderung der Entwicklung steht dabei an erster Stelle. Entwicklung, so der Bericht, "hat zahlreiche Funktionen. Sie hilft bei der Bekämpfung von Armut, Krankheiten und Umweltzerstörung, die Millionen von Menschen töten und die menschliche Sicherheit gefährden. Es ist entscheidend, Staaten davor zu bewahren, dass sie ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. Entwicklung ist auch Teil einer langfristigen Strategie, um Bürgerkriege zu verhindern sowie dem Terrorismus und organisierter Kriminalität den Nährboden zu entziehen."

Das und nicht der kleinliche Streit um Sitze und Stimmen ist das Feld, auf dem sich eine zivile Außenpolitik, die zugleich Entwicklungspolitik ist, bewähren kann.

EU-Verfassung: Dokument der Militarisierung

Davon ist die Bundesrepublik, davon ist auch die Europäische Union himmelweit entfernt. Das Jahr 2004 hat mit der Ost- und Süderweiterung der EU sowie mit der Unterzeichnung des EU-Verfassungsvertrags vorentscheidende Weichen gestellt. Zusammen mit der bereits Ende 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie, ein kaum besser geratener Spross der Nationalen Sicherheitsstrategie des US-Präsidenten, verschärft die Verfassung drei Gefahren:

1. Krieg als Mittel der Politik wird weiter enttabuisiert, ja als ggf. unausweichliches Mittel zur Interessenwahrung des neuformierten EU-Staatengefüges legitimiert.
 2. Weitere Aufrüstung bzw. Rüstungsmodernisierung erhalten mit dieser EU-Verfassung für alle EU- Mitgliedstaaten Verfassungsrang.
 3. Die Versuchung, regionale oder lokale Krisen eigenmächtig militärinterventionistisch zu lösen, wird zunehmen und damit weltweit neue Rüstungsdynamiken provozieren.
- Die Europäische Union steht also tatsächlich an einer Wegscheide: Auf der einen Seite, so wie wir es in unserem Motto formuliert haben, ein "soziales Europa, von dem nur Frieden ausgeht", auf der anderen Seite ein militarisiertes Europa, dem der Frieden aus geht.

Die Friedensbewegung ist relativ spät in die europäischen Gänge gekommen. Soweit ich es sehe, kritisiert sie heute aber geschlossen die Militarisierung der EU. Wenn aus dieser Geschlossenheit auch politische Entschlossenheit würde, bestünde durchaus eine Chance, auf den Gang der Entwicklung Einfluss zu nehmen. Der notwendige Ratifizierungsprozess in den Einzelstaaten bietet hierfür eine gute - allerdings auch die letzte - Gelegenheit.

Die EU-Verfassung ist ja ein völkerrechtlicher Vertrag und muss von den Parlamenten aller 25 EU-Staaten ratifiziert werden. (...) Nach Lage der Dinge wird der Ratifizierungsprozess länger als bis 2006 dauern. Denn in den Mitgliedstaaten haben sich zuletzt doch zu viele Politiker unterschiedlicher Couleur dafür stark gemacht, dass die Ratifizierung durch Volksabstimmungen festgestellt werden

sollte. Abgestimmt wird in Dänemark, Irland, Großbritannien, Frankreich, Luxemburg, Spanien, Portugal, Belgien, Niederlande, möglicherweise auch in Estland und Tschechien. In Österreich und Deutschland gibt es Initiativen, die sich für ein Referendum einsetzen. Im Spätsommer hat sogar die SPD das Referendum ins Kalkül gezogen und schlägt eine Verfassungsänderung vor, wonach Volksbefragungen im Grundgesetz verankert werden sollen. Wenn dem von unten und von außerhalb des Parlaments nicht kräftig nachgeholfen wird, wird es dazu nicht kommen.

Die Bevölkerung jedes EU-Staates hat ein Recht, über die faktische Neugründung der EU qua Verfassung mitbestimmen zu können. Demokratische Verfassungen wurden noch nie durch Oktroi erlassen (das Bonner Grundgesetz 1949 war die Ausnahme), sondern in der Regel vom Volk gegen die Machtansprüche der Obrigkeiten durchgesetzt. Die Weigerung von Regierungen in der EU, über die EU-Verfassung per Referendum abstimmen zu lassen, zeugt nicht nur von einem grundlegenden Misstrauen gegen die eigene Bevölkerung. Sie wird darüber hinaus zu einer viel größeren Europamüdigkeit führen, als sie heute schon zu konstatieren ist.

Es wäre also ein Beitrag zur europäischen Integration, wenn eine breite gesellschaftliche Diskussion um die EU-Verfassung entstände. Die Ablehnungsgründe der Verfassung sind von Bewegung zu Bewegung sehr unterschiedlich. Die einen betonen die in der Verfassung verankerte neoliberale Wirtschaftspolitik, andere kritisieren das Fehlen demokratischer Beteiligungsrechte, die Friedensbewegung bekämpft vor allem die Militarisierungsaspekte. Alle Kritikpunkte in einem gemeinsamen Appell zu bündeln, ist deswegen ein problematisches Unterfangen, weil es im Ergebnis eher ausgrenzt als eint. Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat daher eine multipolitische Kampagne vorgeschlagen, in der jede Bewegung mit dem ihr eigenen Schwerpunkt Nein zu dieser EU-Verfassung sagt. Was sie miteinander verbindet, wäre das gemeinsame Anliegen, diese Verfassung zu Fall zu bringen und gleichzeitig - in scharfer Abgrenzung von nationalistischen Strömungen - ein Bekenntnis zum Ziel einer zivilen und sozialen EU abzulegen. Die geeignete Losung dafür lautet: Wir sagen Ja zu Europa; aber Nein zu dieser Verfassung!

60. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Faschismus

Vor fast 60 Jahren, am 8. Mai 1945 endeten Naziherrschaft und Zweiter Weltkrieg, ein demokratischer und friedlicher Neubeginn wurde möglich. Alle demokratischen Kräfte in Deutschland stimmten in der Einsicht überein "Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg".

60 Jahre danach scheint die geschichtliche Mahnung vergessen. Vieles von dem, was nach 1945 überwunden schien, hat sich zurückgemeldet. Drohungen mit militärischer Gewalt und völkerrechtswidrige Angriffskriege sind zu "legitimen" Mitteln der herrschenden Politik geworden. Deutsche Soldaten stehen wieder in fremden Ländern. Entgegen dem Grundgesetz bejaht die geltende Militärdoktrin Kampfeinsätze in aller Welt.

Neonazistische Organisationen haben in Deutschland wieder Zulauf. Die Bundesregierung sieht sich entgegen geltendem Recht zu Verboten neonazistischer Parteien und Organisationen außer Stande. Regierung und CDU/CSU überbieten sich geradezu in Generalverdächtigungen gegenüber der muslimischen Minderheit in unserem Land. Fremdenfeindliches, rassistisches, antisemitisches und faschistisches

Gedankengut breitet sich in vielen Ländern Europas vor dem Hintergrund der ungelösten sozialen Probleme aus.

Mit der weiteren sozialen Ausgrenzung von Minderheiten - Türken und andere Ausländer, Russlanddeutsche, Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger -, die sich mit ihren Mitteln gegen die Zustände zu wehren beginnen, entsteht der Boden für rassistische und fremdenfeindliche Ressentiments. Die um ihren sozialen Status fürchtenden Mittelschichten einschließlich der Angehörigen der besser situierten Arbeiterklasse lassen sich in Krisenzeiten leicht gegen die ganz Armen dieser Gesellschaft mobilisieren. Und wir befinden uns mitten drin! Eine vor zwei Tagen vorgestellte Studie aus der Universität Bielefeld hat zu Tage gefördert, dass Fremdenfeindlichkeit und Überfremdungsängste insbesondere in Bezug auf den Islam drastisch zugenommen haben. (...).

Die Hauptverantwortung dafür tragen aber die Politiker mit ihrem neoliberalen Umbau des Staates in einen Selbstbedienungsladen der Reichen und Superreichen und mit ihren auf soziale Spaltungen zielenden Populismen. Erinnern wir uns: Der hessische CDU-Ministerpräsident hat seine erste Wahl vor sechs Jahren mit einer ausländerfeindlichen und antiintegrationsistischen Kampagne gewonnen. Und wenn ich es recht sehe, leisten Schröder mit seiner "Parallelgesellschaft" und Stoiber mit der Reanimierung der "Leitkultur" einer wachsenden Islamphobie Vorschub.

Dagegen muss sich die Mitte der Gesellschaft zur Wehr setzen. So wie das vor wenigen Tagen der Jüdische Kulturverein Berlin e.V. in einer öffentlichen Erklärung "Wider die Islamophobie" getan hat: *"Wir erinnern daran, wann und wie aus religiöser oder ökonomischer Judenfeindschaft mörderischer Antisemitismus geworden ist. Das macht uns misstrauisch gegen jede selbstgefällige Polemik, die den Islam und mit ihm die gesamte muslimische Gemeinschaft zur verdeckt sprudelnden Quelle jenes brutalen extremistischen Terrors erklärt, der gerade auch gegen unser Volk gerichtet ist. Gegen diesen haben wir uns auch mit Muslimen verbündet."*

Krieg und Besatzung im Irak

Auf der Agenda der Friedensbewegung bleiben auch die Vorgänge **im Nahen Osten und im Irak**. Die unverhohlene Freude der politischen Klasse über den Tod Arafats wird nicht lange anhalten. Die Probleme im israelisch-palästinensischen Konflikt bleiben bestehen und ich fürchte, sie werden sich noch verschärfen, weil mit Arafat - man mag zu ihm stehen, wie man will - eine der ganz großen Integrationsfiguren der palästinensischen Gesellschaft verschwunden ist.

Auch die Entwicklung im Irak lässt wenig Hoffnung auf ein Ende der Gewalt. Ich habe kein Rezept für einen Friedensprozess im Irak, ich kann aber ziemlich genau sagen, wie es nicht geht. Vielleicht lassen sich aus der Kritik der herrschenden Besatzungspolitik weiter gehenden positive Gestaltungsansätze entwickeln. Meine Kritik an der Besatzungspolitik resultiert zuallererst aus der grundsätzlichen Ablehnung des Krieges selbst, gegen den noch vor 20 Monaten Millionen und Abermillionen Menschen in der ganzen Welt auf die Straße gegangen sind. Der Krieg war völkerrechtswidrig und ganz und gar auf Lügen aufgebaut, die ich hier nicht wiederholen muss. Die Besatzungssoldaten einer Interventionsarmee können im besetzten Land wohl nur als Fremdherrschaft eingestuft werden und dürfen sich nicht wundern, wenn ihnen statt Sympathie nur Hass und Ablehnung entgegenschlägt.

Hinzu kommt, dass die US-Administration mit geradezu traumwandlerischer Sicherheit alles falsch gemacht hat, was man nur falsch machen konnte. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen:

- die Ethnisierung bzw. Konfessionalisierung der irakischen Gesellschaft (Sunniten/Schiiten);
 - der offenbar von oben gebilligte, wenn nicht sogar angeordnete Einsatz von Foltermethoden in US-Gefangenenlagern;
 - die systematische Demütigung und Entwürdigung irakischer Gefangener;
 - der Einsatz unverhältnismäßiger Kampfmittel in der sog. Nachkriegszeit (z.B. Luftangriffe auf Falludscha, Nadschaf, Mosul, Ramadi und andere Städte);
 - die weitere Inanspruchnahme der obersten militärischen Gewalt, auch nachdem die Macht an eine - allerdings wieder handverlesene - irakische Übergangsregierung übertragen wurde.
- Das seit Monaten herrschende Chaos und Blutvergießen kann - wenn überhaupt - nur durch eine völlig neue Haltung gegenüber dem Irak beendet werden. Dazu gehören neben dem raschen Abzug aller Besatzungstruppen die vollständige Rückgabe der Souveränität an den Irak, die baldige Durchführung freier, allgemeiner und gleicher Wahlen (unter Aufsicht der UN) und der Beginn von Reparationszahlungen der Kriegsallianz (in erster Linie der USA und Großbritanniens) an den Irak. Ich weiß: Das alles ist noch keine Garantie für einen baldigen Frieden. Es könnte aber ein Schritt dahin sein. Alles weitere hängt natürlich von den politischen, religiösen und sozialen Kräften im Irak selbst ab, deren wahre Absichten aber nur sehr schwer zu beurteilen sind. Eines aber weiß ich: Terroristische Attentate, die sich wahllos gegen Zivilisten richten, die den Tod von Frauen und Kindern zynisch einkalkulieren, die mit Entführungen und Folter Lösegelder erpressen wollen, sind kriminelle Akte, die nichts mit Widerstand gegen die Besatzung zu tun haben. Im Gegenteil: Sie sorgen eher dafür, dass die Besatzung noch länger im Land bleibt und noch härter und wahlloser gegen die Bevölkerung vorgeht.(...)

Das Auf und Ab der Friedensbewegung

Mit der Friedensbewegung ist es wie mit der Konjunktur: Sie durchläuft Boomphasen - das sind leider immer weit fortgeschrittene Vorkriegssituationen und beginnende Kriege - und Abschwünge. Dies war so vor und nach der Raketenstationierung in den 80er Jahren, dies war so vor und während des zweiten Golfkriegs 1991 und dies erleben wir vor und während des Irakkriegs 2003 (und 2004, denn der Krieg ist noch nicht beendet). Ein weiteres Phänomen ist, dass der Protest um so stärker sich entfalten konnte, wenn der Hauptadressat die Militärmacht Nr. 1 in dieser Welt, die USA, ist. Das hat nichts mit Antiamerikanismus zu tun, sondern mit der nicht ganz von der Hand zu weisenden Überlegung, dass von den USA seit Jahren die gefährlichsten Aggressionen und Völkerrechtsverletzungen ausgingen.

Der Bundesregierung muss man bescheinigen, dass sie ihre Militarisierungspolitik seit den 90er Jahren mit großem Geschick vor der Öffentlichkeit geheim hält oder als zivilisatorisches Projekt zu bemänteln versucht. Und wenn sie doch in die Offensive geht und den Umbau der Bundeswehr in eine Interventionsarmee begründet, tut sie so, als gäbe es hierzu keine Alternative. Dabei kommt ihr der Umstand zugute, dass es in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Parteien des Bundestags (die beiden tapferen PDS-Frauen ausgenommen) keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten gibt. Wenn

wir uns die 99-prozentige Akklamation jeder militaristischen Sauerei im Bundestag vergegenwärtigen, dann bin ich mit der immer noch überwiegenden Ablehnung militärischer Abenteuer durch die Bevölkerung hoch zufrieden. So viel "Pazifismus" wie heute hat es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben.

Eine ganz andere Frage ist, warum diese Mehrheit der Bevölkerung nicht zum Protest auf die Straße geht. Mir fallen hier nur zwei vorläufige Antworten ein: Erstens ist der "Leidensdruck" der Menschen infolge der Militarisierung nicht groß genug, will sagen: Nur wenige Menschen fühlen sich durch die Umrüstung

der Bundeswehr unmittelbar betroffen oder bedroht. Zweitens sehen die meisten Menschen heute keine Möglichkeit, die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung auch nur im entferntesten durch außerparlamentarische Aktionen zu beeinflussen. Die Friedensbewegung muss diesen Mobilisierungshemmnissen Rechnung tragen, indem sie wieder mehr auf Aufklärung und gute Argumente setzt. Möge ihr der Friedenspolitische Ratschlag, den ich hiermit eröffne, nützlich sein.

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/rat/2004/strutynski.html>

Auf dem Friedensratschlag in Kassel am 4.-5.12 ist folgender Aufruf beschlossen worden.

Über die Zukunft Europas muss die Bevölkerung entscheiden

Im Oktober 2004 wurde der Verfassungsentwurf der Europäischen Union von den Regierungschefs der Mitgliedsstaaten unterzeichnet. Jetzt steht die Ratifizierung, das heißt die völkerrechtlich verbindliche Unterzeichnung an, die sich in den einzelnen Staaten unterschiedlich gestaltet.

Weil wir ein ziviles und soziales Europa wollen, verlangen wir eine öffentliche Debatte über den Verfassungsentwurf und damit über die Zukunft des Kontinents. Die Menschen in Europa müssen nach einer gründlichen Debatte selbst entscheiden, welche Rolle die Verfassung spielen und welche zentralen Inhalte sie haben soll.

Wir lehnen den vorliegenden Verfassungsentwurf ab,

? Weil er vorsieht, dass neu aufzubauende EU-Streitkräfte (z.B. die sog. „battle

groups“) zu weltweiten Kampfeinsätzen entsendet werden können;

? Weil darin von allen Mitgliedstaaten verlangt wird, ihre „militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“; Aufrüstung würde also

Verfassungspflicht; ? Weil eine Rüstungsagentur („Agentur für Entwicklung der Verteidigungsfähigkeit, Forschung, Beschaffung und Rüstung“) vorgesehen ist, jedoch keine Institution für Abrüstung;

? Weil die weitere Aufrüstung in Europa Geld kostet, das in anderen Bereichen, etwa bei der sozialen Sicherung oder bei den Bildungsausgaben, viel dringender benötigt wird.

Damit das neue, größer gewordene Europa eine friedensbewahrende Rolle in der internationalen Politik spielen kann, müssen die Möglichkeiten ziviler und gewaltfreier Konfliktbearbeitung verstärkt und die Sozial- und Entwicklungspolitik ausgebaut werden.

Der vorliegende Verfassungsentwurf ist abzulehnen, damit Europas Zukunft nicht

von weiterer Militarisierung der Außenpolitik und der Demontage sozialstaatlicher Substanz bestimmt wird. Abrüstung, nicht Aufrüstung ist das Gebot der Stunde

Wir sagen Ja zu Europa; aber Nein zu dieser Verfassung

Die Anzeige soll am 24. Dezember 2004 u. a. in der Frankfurter Rundschau erscheinen.

Unterschriften an: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Frankfurter Gewerkschaftshaus
Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77,

60329 Frankfurt am Main

E-Mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de

Beteiligung mit einer Spende an der Finanzierung (Mindestbeitrag 20,- €), Den Betrag auf das Konto der Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Kt. Nr.: 200081390 bei der Frankfurter Sparkasse 1822 (BLZ 500 502 01) Stichwort: „Nein zur EU-Verfassung“ überweisen.

Wider die Islamophobie

An Politiker, Medien, gesellschaftliche Einrichtungen, Verbände und Vereine

Zunehmend scheinen Antisemitismus und Islamophobie zwei Seiten jener Medaille zu sein, in die stereotypes Handeln und neues Unverständnis mit großen Lettern eingraviert sind. Es gibt keine rational nachvollziehbare Erklärung für die aktuelle Hysterie, die gezielt und ohne Rücksicht auf Verluste gegen Muslime und Muslime aller Länder, Sprachen, kultureller und sozialer Identitäten geschürt wird. Wer so zündelt, riskiert eine Feuerbrunst. Wir wollen das nicht! Was treibt Mächtige in der Politik, was veranlasst manche Medien zu einer Kampagne, an deren Ende es nur Verlierer geben wird? Was nährt das Zerrbild vom Nachbarn?

Unübersehbar, und das ist u.E. das

Grundübel, benachteiligen soziale Verhältnisse die geduldeten wie hier beheimateten Mitglieder der muslimischen Gemeinschaften und jene, die von Außenstehenden dafür gehalten werden. Dumpf und zerstörerisch wird eine Islam-Feindschaft hoffähig geredet und der Irrweg in einen Anti-Islamismus geegnet.

Wir erinnern daran, wann und wie aus religiöser oder ökonomischer Judenfeindschaft mörderischer Antisemitismus geworden ist. Das macht uns misstrauisch gegen jede selbstgefällige Polemik, die den Islam und mit ihm die gesamte muslimische Gemeinschaft zur verdeckt sprudelnden Quelle jenes brutalen extremistischen Terrors erklärt, der gerade auch gegen unser Volk gerichtet ist. Gegen diesen haben wir uns auch mit Muslimen verbündet. Jahrzehnte sind ohne ein erkennbares gesellschaftliches Interesse an anderen

Lebenswelten verstrichen. Der Dialog im Neben- und Miteinander setzt wissenden und gespürten Respekt voraus. Wir bedauern zutiefst, dass die EU auch mit Deutschlands Stimme nicht dem Vorschlag Spaniens gefolgt ist, den Erwerb von Kenntnissen über die Kulturen der Welt bei der Integration ihrer Vertreter in den jeweiligen europäischen Provinzen für unentbehrlich anzusehen.

Es geht nicht um den Islam in Deutschland. Es muss an die Aufklärung angeknüpft werden. Lessing hat durch seinen weisen Nathan ein deutsches Leitbild der Toleranz geschaffen, auf das wir stolz sein können.

Berlin, 19. November 2004

Für den Jüdischen Kulturverein Berlin e.V. Dr. Irene Runge, 1. Vorsitzende Ralf Bachmann, Vorstandsmitglied Igor Chalmiev, Integrationsbeauftragter

Rainer Rupp

Die grüne Kriegsfront

USA verordnen dem von ihrem Militär besetzten Irak den Anbau von genmanipuliertem Getreide. Millionen Kleinbauern droht der Ruin

Als »extrem« hatte nicht nur die New York Times den Plan der Bush-Regierung zur marktwirtschaftlichen Umgestaltung des Irak bezeichnet. Mit welcher Rücksichtslosigkeit die eroberte Volkswirtschaft den ökonomischen Interessen der USA unterworfen werden soll, läßt sich auch am Beispiel der irakischen Landwirtschaft belegen.

Gemäß dem von der US-Besatzung durchgesetzten Gesetz, das auch für den angeblich souveränen Irak gilt, erhält die irakische Landwirtschaft, in der hauptsächlich Kleinbauern beschäftigt sind, keine Subventionen mehr. Auch wird sie nicht länger durch Zölle gegen Billigimporte aus den USA geschützt. Derweil werden die hochproduktiven Großbetriebe der US-amerikanischen Landwirtschaft nach wie vor mit großzügigen Subventionen aus Washington verwöhnt.

Diktat der Besatzer

Washingtons damaliger Statthalter in Bagdad, **Paul Bremer**, hatte Ende Juni die neuen Vorschriften ins irakische Gesetzbuch schreiben lassen und damit das Schicksal der irakischen Kleinbauern besiegelt. Deren Betriebsaufgabe war nun nur noch eine Frage der Zeit. Schließlich sind lediglich irakische Großbetriebe und nicht die Kleinbauern für die agro-industriellen US-Konzerne die geeigneten Kunden. Deshalb hat die Besatzungsmacht der irakischen Bevölkerung auch die weltweit wohl am weitesten reichenden **Gesetze zur Einführung und Vermarktung genmanipulierter Produkte** aufgezwungen. Insbesondere geschah dies mit dem Gesetz Nr. 81 der CPA, der Provisorischen Autorität der Koalition, vom 26. April 2004.

Dieses Gesetz, angeblich erlassen zum »Schutz von Patenten und Erfindungen«, enthält einen umfangreichen Teil, der sich ausschließlich mit der Produktion und Vermarktung genmanipulierter Getreidesaat beschäftigt. Die Wünsche des US-Marktführers **Monsanto** stehen dabei im Vordergrund, als habe der Konzern Paul Bremer bei der Niederschrift der Artikel die Hand geführt. Monsanto, das sich auch im Vietnam-Krieg mit der Herstellung des hochgiftigen »**Agent Orange**« für die chemische Kriegsführung zur Entlaubung des Baumbestandes hervorgetan hatte, ist seit vielen Jahren stark in der Gentechnologie engagiert. Inzwischen kontrolliert das Unternehmen über 90 Prozent aller weltweit angebauten sogenannten »**transgenetischen**« **Getreidesorten**, bei denen die sogenannte **Terminatortechnologie** zur Geltung kommt. Darunter ist die Produktion von sterilen Getreidesorten zu verstehen; dabei dürfen die Bauern nicht mehr, wie seit Urzeiten gewohnt, einen Teil der Ernte aufheben, um sie dann als Saatgut wiederzuverwenden. Sollte sich der Konzern durchsetzen, müssen die irakischen Bauern in Zukunft jedes Jahr für viel Geld neues und nur einmal verwendbares Saatgut bei Monsanto kaufen.

Dennoch läßt der weltweite Durchbruch der genmanipulierten Landwirtschaft auf sich warten. In Europa macht den Konzernen der breite **Widerstand** der Bevölkerung wegen deren Bedenken angesichts der unabsehbaren Folgen des Einsatzes genmanipulierter Pflanzen auf die Umwelt und den Menschen zu schaffen. Und in den Ländern der Dritten Welt sind die Kleinbauern schlicht zu arm, um jedes Jahr bei Monsanto neues Saatgut zu kaufen. Monsanto's Beteuerungen, daß

seine Designerpflanzen widerstandsähiger gegen Schädlinge und auch ergiebiger im Ertrag seien, hilft da wenig. In der Dritten Welt erfreut sich die »Terminator«-Technologie lediglich in landwirtschaftlichen Großbetrieben einer gewissen Beliebtheit.

Patentiertes Saatgut

Im Oktober hat die Umweltschutzorganisationen »Focus on the Global South« und GRAIN die Weltöffentlichkeit alarmiert, daß im Irak das uralte System der irakischen Bauern – die Aussaat von gesetzlich nicht reguliertem Saatgut – durch die neuen Gesetze der US-Besatzer verboten wird. In Zukunft solle nur noch patentiertes Saatgut der transnationalen Konzerne zum Einsatz kommen. Offiziell werde das neue Gesetz von den US-Besatzern als notwendiger Schritt dargestellt, »um die Versorgung des Irak mit hochwertigem Getreide zu sichern« und den »Wiederaufbau der irakischen Landwirtschaft« voranzutreiben. Tatsächlich aber werde dadurch **Konzernen wie Monsanto, Syngenta, Bayer und Dow Chemical die »Durchdringung der irakische Landwirtschaft ermöglicht«**. »Die USA haben ihre Patente auf Pflanzen und Lebewesen rund um die Welt im Rahmen von Handelsverträgen bereits vielen Ländern aufgezwungen. Im Irak haben sie es dagegen getan, nachdem sie das Land überfallen und besetzt hatten.« Das, so einer der Autoren des Berichts, sei genauso »unmoralisch wie unakzeptabel«.

<http://www.jungewelt.de/2004/11-29/009.php>

Wahlen nur ohne Besatzung

Gespräch mit dem irakischen Politologen Sabah Alnasseri

Im Folgenden dokumentieren wir ein Interview, das das "Neue Deutschland" mit dem Frankfurter Politikwissenschaftler Sabah Alnasseri geführt hat*.
<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/alnasseri3.html>

ND: Die EU hat beschlossen, die irakische Übergangsregierung mit 30 Millionen Euro zu unterstützen, damit im Januar Wahlen durchgeführt werden können. Ist das Geld sinnvoll angelegt?

Alnasseri: Ich glaube, das ist das Falscheste, was man jetzt tun kann. Diese Wahlen

werden von der Übergangsregierung, aber auch von den USA erzwungen. Wahlen, die unter diesen Umständen stattfinden, wirken sich zu Gunsten der bestehenden Nationalversammlung und der Übergangsregierung aus und festigen deren Zusammensetzung. Deshalb bin ich gegen diese Wahlen.

Wie müssten die Umstände denn sein?

Zuerst muss der Besatzungsstatus geklärt werden. Für mich heißt das: Ende der Besatzung. Erst dann können sich alle politischen Kräfte zur Wahl stellen. Unter der jetzigen Regierung und deren Gesetzen und Erlassen, die teilweise noch von USA-Verwalter Paul Bremer stammen, werden bedeutende politischen Kräfte Iraks von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen. Das betrifft all jene, die gegen die Besatzung sind und diese Übergangsregierung ablehnen.

Welchen Charakter haben die Wahlen im kommenden Januar?

Es geht um Wahlen zum nationalen Parlament, zu den Vertretungen von 18 Provinzen und zum regionalen Parlament Kurdistans. Wenn sie unbedingt durchgeführt werden sollen, heißt das, dass es in den nächsten drei Monaten massive militärische Angriffe der Besatzung und der irakischen Truppen gegen verschiedene Gruppen geben wird. Und zwar im ganzen Land.

Der Termin für die Wahlen wurde in der provisorischen Verfassung festgelegt, die Sie als »postfeudal« bezeichnen. Warum?

Formal hat diese Verfassung eine neoliberale Tendenz. Man sieht das an all den standardisierten, bürgerlichen Freiheitsrechten. Je mehr man sich aber damit beschäftigt, desto mehr stellt man fest, dass das ganze Land nach geographischen, ethnischen, religiös-kulturellen und politischen Kriterien fragmentiert wird. Dadurch wird eine nationale Zusammensetzung ausgeschlossen. Bei dieser Verfassung handelt es sich eher um eine

Konstruktion, die Traditionen wiederbelebt, als um eine staatsbürgerliche Verfassung.

Kurden gegen Araber, Sunniten gegen Schiiten, Norden gegen Süden – wird die beabsichtigte Fragmentierung Iraks gelingen?

Die USA wiederholen in Irak bestimmte Praktiken von Saddam Hussein, was ein großer Fehler ist. Schon Hussein hatte versucht, den Irak zu fraktionieren, um sich selber und seiner Clique die Macht zu sichern. Er wollte sich als einzig vermittelnde Instanz etablieren. Das hat nicht geklappt. Nun versuchen die Amerikaner das Gleiche.

Das Erstaunliche an den Abu-Ghoreib-Bildern ist, dass nicht nur der Ort an Saddam Hussein erinnert, sondern auch die Art der Folter, die Form der kollektiven Bestrafung. Wir kennen das von früheren Kolonialmächten, Frankreich in Algerien zum Beispiel. Auch Saddam Hussein hat solche kolonialen Praktiken angewandt. Nicht nur die Oppositionellen, auch ihre Verwandten, ihre Freunde wurden verfolgt und bestraft. Was die USA jetzt in Irak machen, ähnelt dem stark.

Sie befassen sich mit der ökonomischen Umstrukturierung in der arabischen Welt – was geschieht wirtschaftlich in Irak?

Die internationale Entwicklung von 1980 bis 2003 zeigt, dass »nicht willige Staaten« geöffnet werden. Damit meine ich Staaten, die sich den Anpassungsmaßnahmen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds verweigern. Irak wird nun gewaltsam für diese neoliberale Verwertungsstrategie geöffnet. Da aber Irak, ähnlich wie im ganzen arabischen Raum, bisher eine

staatszentrierte Strategie verfolgte und sich das gesamte gesellschaftliche Kapital um die staatlichen Industriesektoren herum konzentrierte, müssen Staat und Gesellschaft zunächst nach politischen und räumlichen Zonen fraktioniert werden. Dann folgt die Privatisierung von Macht und gesellschaftlichem Eigentum. Dieser Mechanismus wird jetzt in Gang gesetzt. Es ist einfacher, die Interessen von multinationalen Konzernen mit regionalen Eliten, wie Kurden, Arabern oder was auch immer zu verankern, als mit einer starken, zentralisierten Regierung.

Man hört oft, 35 Jahre Leben unter Baath-Regierung und Saddam Hussein hätten das demokratische Bewusstsein der Iraker zerstört, sie seien nicht in der Lage, eine Demokratie selber aufzubauen.

Solche Aussagen sollen vermitteln, dass die irakische Gesellschaft ohne politische Kultur ist, wie wir sie im Westen kennen. Deswegen müssten wir dorthin, um sie zu politisieren. Ich halte das für eine ideologische Rechtfertigung des Krieges. Bestimmte Werte wie Demokratie, Meinungs- und Bewegungsfreiheit, die man bei uns positiv assoziiert, werden gnadenlos ausgebeutet. Doch im Kontext dieses Krieges ist Demokratie nichts anderes als eine Kontrollstrategie.

** Dr. Sabah Alnasseri wurde 1961 in Basra geboren. 1981 musste er Irak verlassen, seit 1989 lebt er in Deutschland. Er lehrt als Dozent für Politikwissenschaften an den Universitäten in Frankfurt (Main) und Kassel. Mit Sabah Alnasseri sprach für ND Karin Leukefeld.*

Aus: Neues Deutschland, 10. November 2004

Gegen Besatzung, Krieg und Militarisierung: Einige Links

*Wir erheben nicht den Anspruch der Vollständigkeit und der Ausgewogenheit, erlauben uns nur, in Ergänzung zu den in diesem Heft abgegebenen Adressen auf einige unter vielen lesenswerten Internetseiten hinzuweisen,
Die SiG-Redaktion*

<http://www.globalresearch.ca> (Michel Chossudovsky, Editor)

Deutschland

Alternative Friedenskonferenz
"Frieden und Gerechtigkeit gestalten - Nein zum Krieg!"
Internationale und öffentliche Gegenveranstaltung zur (NATO-) "Sicherheits"- Konferenz in München vom 11.2.05 bis 13.2.05.

<http://www.muenchner-friedensbuendnis.de/archiv/Siko/05GegenSiko.php>

Außenpolitik Deutschlands (Artikel auf deutsch) <http://www.german-foreign-policy.com/>

<http://www.friedenskooperative.de/>
(umfangreiche Terminliste)

Friedensratschlag: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/Welcome.html>

Informationsstelle Militarisierung
<http://www.imi-online.de>

Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges : <http://www.ipnw.de>

<http://www.zmag.de> (Viele Artikel aus der ganzen Welt)

Österreich:

Werkstatt Frieden & Solidarität
(vormals Friedenswerkstatt Linz)

<http://www.friwe.at/>

<http://www.ipnw.at/>

Schweiz

<http://www.friedensrat.ch/>

<http://www.ipnw.ch>

Eduardo Galeano

"Uruguay hat gegen die Angst gewählt",

Interview: Gerhard Dilger, Neues Deutschland vom 5.11.2004,

»Die offenen Adern Lateinamerikas«. Mit diesem Werk wurde Eduardo Galeano 1971 weltweit bekannt. Seit seiner Rückkehr aus dem Exil nach dem Ende der Militärdiktatur in Uruguay 1985 setzt sich Galeano für die Demokratisierung des Landes ein. Mit ihm sprach in Montevideo für ND Gerhard Dilger.

ND: Herr Galeano, noch einmal vier Jahre Bush & Co. – was bedeutet das für uns?

Galeano: Es ist ein Sieg der Angst. Die Welt ist einer Diktatur der Angst unterworfen, einer unsichtbaren Diktatur, die nur manchmal sichtbar wird. Die USA-Öffentlichkeit ist besonders empfindlich, wenn Panik gesät wird. 60 Prozent glauben an die Existenz des Teufels. Er wechselt seine Verkleidung, vorher war es der Kommunismus, heute ist es der islamische Terrorismus.

Es ist kein Zufall, dass wenige Tage vor dieser Katastrophe für die Menschheit Bin Laden aufgetaucht ist, um seine Drohungen auszustoßen und große Katastrophen anzukündigen. Ich weiß nicht, ob er von Bush bezahlt wird, aber verdient hätte er es. Was wäre das Gute ohne das Böse? Dabei ist das »Gute« eine absolut verrückte Art, die Welt zu organisieren: Am Tag werden 2,5 Milliarden Dollar in die Industrie des Todes gesteckt. Mit den Ausgaben von zehn Tagen könnte man das Leben aller Kinder retten, die jedes Jahr an heilbaren Krankheiten sterben oder verhungern. Aber zur Rechtfertigung dieser Militärausgaben braucht der kapitalistische Himmel einen Teufel, und wer eignet sich besser als Bin Laden mit seinem Bärtchen, seiner Maschinenpistole, diesem Blick.

Kerry wäre Ihnen also lieber gewesen?

Wäre ich USA-Bürger, ich hätte für Ralph Nader gestimmt, denn ich glaube, das Schlimmste für eine Demokratie ist eine Einheitspartei, die sich als zwei Parteien ausgibt, wie wir es in Uruguay 170 Jahre lang mit den Blancos und den Colorados gehabt haben. Mit Nader gab es eine kleine Möglichkeit, dass etwas anderes hätte entstehen können. Aber das verleitet mich nicht zu der Ansicht, dass Bush das Gleiche ist wie Kerry, natürlich ist Bush viel schlimmer.

Wir sind in der Hand eines Verrückten, der von Leuten umgeben ist, die alles andere als verrückt sind und diesen irrationalen Diskurs organisieren. Wie die Betrunknen negieren die Verrückten das Offensichtliche. Bush sagt, die Welt werde immer sicherer, während sie in Wahrheit an allen Stellen explodiert.

Manche sagen ja, solange die USA in anderen Teilen der Welt beschäftigt sind, können sie in Lateinamerika nicht so viel Unheil anrichten. Sehen Sie das ähnlich?

Auf die direkten militärischen Unternehmungen trifft das zu, die Marines sind in Irak beschäftigt. Aber bei uns landen andere Soldaten, die genauso viel oder sogar mehr zerstören: die Technokraten des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welthandelsorganisation. Diese Machtstruktur setzt uns mehr zu als je zuvor. Es stimmt also nicht, dass ihnen Lateinamerika egal ist, dass sie uns in Ruhe lassen.

Nun ist ja auch in Uruguay gewählt worden...

Ja, aber hier war es ein Sieg über die Angst. Das ist neu. Hier hat die Rechte nämlich auch eine Angstkampagne gefahren, die haben die »Frente Amplio« (Breite Front) mit den Tupamaros gleichgesetzt und suggeriert, die Linken seien Entführer, Mörder, Diebe, Vergewaltiger und Feinde der Demokratie. Ein Kandidat für die Vizepräsidentschaft sagte, alle Uruguayer müssten sich gleich kleiden, so wie die Chinesen zu Maos Zeiten.

Auch der Sieg im Wasser-Plebiszit war ein Sieg über die Angst. Verbreitet wurde, Uruguay werde sich ohne die Privatisierungen in ein Land der schwarzen Brunnen verwandeln, die Uruguayer seien Exoten, Marsmenschen in einer Welt, wo das Wasser privat verwaltet werde, diese Lüge hat der Kulturminister verbreitet! Doch Uruguay hat als erstes Land der Welt eine Volksabstimmung über das Wasser organisiert. Jetzt ist das Wasser nach dem Willen des Volkes als öffentliches Gut für alle in der Verfassung verankert und die Geschäftemacher bleiben draußen. Ein wichtiger Präzedenzfall

Tatsache ist: Die Spielräume für die neue Linksregierung werden eng sein.

Ja, es ist klar, dass Uruguay nicht die Kraft hat zu sagen: Wir werden die Schulden nicht mehr bezahlen. Das wäre realitätsfremd. Aber Uruguay kann und muss sich mit den anderen lateinamerikanischen Ländern zusammenschließen, um gemeinsam gegen den Würgegriff der Verschuldung und der internationalen Märkte anzugehen. Die Großen – Brasilien, Argentinien und Mexiko – müssen davon überzeugt werden, dass auch sie denselben stählernen Gesetzen der internationalen Machtstruktur unterworfen sind. Wenn sie glauben, sie können sich alleine retten, dann sind sie geliefert. Es gibt keinen Raum für die Einsamkeit.

Was ist das Besondere an der uruguayischen Linken?

Die Frente Amplio ist wirklich ein Bündnis mit vielen Widersprüchen. Als Sohn von Marx und Enkel von Hegel bin ich davon überzeugt, dass der Widerspruch der Motor der Geschichte ist. Deswegen mache ich mir auch nicht das Geringste aus den Widersprüchen der Frente, sie sind ja der Beweis, dass sie lebendig ist. Andere Genossen sind darüber entsetzt, die kommen sich superrevolutionär vor und sind Anhänger einer linearen Logik. Sie verwechseln Einheit und Konformismus.

Und dann die Geduld. Die Frente ist ganz langsam aufgebaut worden, ab 1971 und mit einer brutalen Unterbrechung durch die Militärdiktatur. Danach ist dieser Impuls, diese Energie wieder aufgegriffen worden und Bewusstsein für Bewusstsein, Haus für Haus, erobert worden, mit einer geradezu chinesischen Geduld. Das war unglaublich, denn üblicherweise ist die Linke sehr ungeduldig. Jetzt ist diese Entwicklung in den Wahlsieg gemündet.

Könnten Sie den gewählten Präsidenten in wenigen Worten charakterisieren?

Tabaré Vázquez ist sehr nüchtern, ernsthaft, verantwortungsvoll und kohärent. Sein ganzes Leben lang haben seine Taten und sein Handeln übereingestimmt. Er ist sehr, sehr uruguayisch in seiner sanften, verhaltenen Art zu reden. Er treibt die Nüchternheit auf die Spitze, wenn man das sagen kann.

In puncto Vergangenheitsbewältigung haben sich die führenden Frente-Vertreter sehr vorsichtig geäußert...

Ja, wie eigentlich auf allen Gebieten. Wir müssen um die Rückgewinnung der Erinnerung und gegen Uruguay als Paradies der Straflosigkeit kämpfen. In den Jahren des erzwungenen Gedächtnisverlustes mussten wir den Müll unter dem Teppich verstecken und den Mund halten. In der ersten Etappe geht es darum, den Artikel vier des entsetzlichen Amnestiegesetzes auszuschöpfen, gegen das wir 1989 erfolglos ein Plebiszit organisiert hatten. Dieser Artikel, wonach Untersuchungen in Mordfällen durchaus möglich sind, ist nie angewendet worden. In dieser ersten Etappe könnte man schon einiges erreichen.

Aber hat die künftige Regierung den politischen Willen dazu?

Ja, zur ersten Etappe bestimmt, das hat Tabaré Vázquez auch versprochen. Dann sehen wir weiter. Es ist ein langer Weg, aber es nützt nichts, groß herumzuschreien. Es geht darum, langsam mit klarem Ziel zu handeln.

All das klingt doch sehr nach dem, was der brasilianische Präsident Lula immer sagt. Nur ist der jetzt schon fast zwei Jahre im Amt, und die Ergebnisse sind bescheiden. Die neoliberale Logik scheint übermächtig.

Die Regierung Lula ist sehr widersprüchlich. Die Freigabe der Gensoja zum Beispiel ist schwer zu verstehen. Die besten Signale gehen in die Richtung, die gemeinsame Front zu erweitern, in der Wirtschaftsgemeinschaft MERCOSUR, oder innerhalb der Welthandelsorganisation der Versuch, mit Indien, Südafrika und China zusammenzuarbeiten. Doch auch hier ist der Ausgang offen. Uruguay jedenfalls ist zur Kooperation mit Argentinien und Brasilien verurteilt, wir können uns nicht in ein eigenes Abenteuer stürzen.

Wie fühlen Sie sich heute angesichts der Nachrichten aus den USA und der Hoffnung, die in Uruguay mit Händen zu greifen ist?

Solche Situationen sind eine Herausforderung. Viele US-Amerikaner denken, die Welt sind sie. Die Welt sieht das vielleicht anders. Es ist an der Zeit, nein zu sagen, wir dürfen uns nicht weiter wie Blätter im Wind treiben lassen. Wir müssen den Widerstand organisieren, im Namen des Planeten, der in diesem Rausch der Gewalt und des Konsums unterzugehen droht.

Die Welt muss ihnen sagen: Ihr dürft nicht über uns verfügen. Das gilt besonders für uns Lateinamerikaner, denen die Erniedrigung jahrhundertlang eingetrichtert worden ist. Uruguay ist ein kleines, fast geheimes Land, das nie in den Medien auftaucht. Unser Wasser-Plebiszit hat jedoch Aufmerksamkeit verdient. Jetzt ist das Wasser als öffentliches Recht und Gut für alle in der Verfassung verankert und die privaten Geschäftemacher sind draußen. Das sollte man uns nachmachen!

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=62373&IDC=2>

Siehe auch: **Eduardo Galeano**, Oktoberwasser - Im Süden Amerikas gab es Wahlen und eine Volksabstimmung, La Jornada

<http://www.zmag.de>

Über den gewählten Präsidenten **Tabaré Vázquez**: Freitag 47,

<http://www.freitag.de/2004/47/04470801.php>

zum **Wasser**: <http://www.ila-bonn.de/artikel/263fluessiges.htm>

Bilanz des chilenischen Sozialforums Das chilenische Sozialforum sollte zeitgleich zu dem wirtschaftlichen Forum Asien-Pazifik stattfinden, an dem unter anderem G.Buch und W. Putin teilnahmen. An der Eröffnungsdemonstration am 19. November nahmen 40 000 Menschen teil ; es war der größte Zusammenschluss seit dem Rückkehr Chilis zur Demokratie. (...) Das Forum selbst war von attac Chile initiiert worden und wurde von rund 200 Organisationen getragen. Genauso wie die Demonstration war das Forum mit den 7500 angemeldeten Teilnehmern ein voller Erfolg. (...) <http://www.france.attac.org/a3709>

ATTAC in Lateinamerika : <http://www.attac.org/indexes/index.html>:

Argentinien <http://www.argentina.attac.org/> * Bolivien * Brasilien * Chile <http://www.attac.cl> * Columbien * Costa Rica * Mexico * Paraguay * Peru * Uruguay <http://www.uruguay.attac.org/>

Bolivien: Alte Parteien von Bildfläche verschwunden

»Bewegung zum Sozialismus« siegte bei Gemeindewahlen am Sonntag.

Harald Neuber

Bolivien's Parteienlandschaft ist seit den Gemeindewahlen am vergangenen Sonntag nicht wiederzuerkennen. Nach Bekanntgabe des vorläufigen amtlichen Endergebnisses am Montag mittag (Ortszeit) sind die etablierten Parteien fast vollständig von der Bildfläche verschwunden. Gewählt wurden 327 Bürgermeister. Die »Nationale Revolutionäre Bewegung« (MNR) des 2003 gestürzten Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada kam dabei laut dem Ergebnis gerade einmal auf 5,5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ähnliche Verluste fuhr die »Demokratische Nationale Aktion« (ADN) ein. Allein die etablierte sozialdemokratische »Bewegung Revolutionäre Linke« (MIR) kam mit vergleichsweise geringen Verlusten landesweit auf den zweiten Platz. Obwohl sich die »Bewegung zum Sozialismus« (MAS) in keiner der zehn großen Städte des Andenstaates durchsetzen konnte, errang sie zwei Drittel der Bürgermeisterposten. Parteiführer Evo Morales bezeichnete das Ergebnis als »großen Sieg« für die Linkspartei: »Nach diesen Wahlen ist die MAS die größte politische Kraft in diesem Land«, sagte Morales nach Bekanntgabe der Zahlen am

Montag in La Paz, dem Regierungssitz Boliviens.

Die MAS war in den achtziger Jahren als »politischer Arm« der illegalisierten Kokabauern gegründet worden. Mit der zunehmenden politischen Krise in Bolivien hat sie in den vergangenen Jahren stetig an Einfluß gewonnen. Beigetragen dazu hat ihre kompromißlose Ablehnung neoliberaler Wirtschaftsprogramme und eines US-dominierten Freihandels. Der 42jährige MAS-Vorsitzende Evo Morales gilt darüber hinaus als bekanntester Fürsprecher indigener Rechte – ein wichtiger Aspekt in Bolivien, wo über 70 Prozent der Einwohner indigenen Volksgruppen angehören. Ein übriges tat die kollektive Krise der etablierten Parteien, die von Korruption und Zerfall geprägt sind.

Morales' MAS vertritt linke sozialdemokratischen Positionen. Seit dem Sturz von Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada vor gut einem Jahr arbeitet Morales eng mit dem Übergangspräsidenten Carlos Mesa zusammen. Das handelte ihm immer wieder Kritik ein. Erst vor wenigen Monaten kam es zu harten Auseinandersetzungen mit den Indigenenführer Felipe Quispe. Während dieser für eine radikalen Kampf gegen die

Regierung eintritt, strebt Morales die Regierungsbeteiligung an.

Nach den Wahlen am Sonntag ist er diesem Ziel ein gutes Stück nähergekommen. Im kommenden Jahr soll nach Plänen des amtierenden Staatschefs eine verfassungsgebende Versammlung, 2007 dann der Präsident neu gewählt werden. Morales, dessen Kandidatur als sicher gilt, wird vermutlich auf keinen ernsthaften Gegner treffen. Schon bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen 2002 hatte er den Sieg knapp verpaßt. Nur durch einen Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien konnte bei der Stichwahl der Durchmarsch des gebürtigen Aymara-Indianers in den Präsidentenpalast verhindert werden. Diese Parteien sind zwar im Parlament noch präsent, praktisch aber haben sie seit Sonntag jeglichen Einfluß verloren.

Evo Morales wird auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz am 8. Januar 2005 in Berlin zu Gast sein

<http://www.jungewelt.de/2004/12-08/006.php>

Attac-Frankreich

für die Außerkraftsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel

Kommuniqué vom 12.11.2004

Mit dem zu befürchtenden Tod von Yassir Arafat, dem gewählten Präsidenten der Palästinensischen Autorität und Symbol seiner nationalen Selbstbestimmung macht das palästinensische Volk eine schwere Zeit durch. Die Solidarität aller Staatsbürger, denen die Gerechtigkeit und der Frieden am Herzen liegen, muss sich heute mehr als je zuvor Gehör verschaffen.

Seit mehr als zwei Jahren errichten die politisch Verantwortlichen Israels im Westjordanland eine Mauer. **Durch diese Mauer wird ein ganzes Volk in ein Gefängnis gesperrt.** Ihr Sinn und Zweck ist es, die Kolonisierung Palästinas unumkehrbar zu machen, sich seine Naturschätze anzueignen und einen Großteil des Ackerlandes zu annektieren. Die Schaffung eines lebensfähigen

Staates in den Grenzen von 1967 wird so unmöglich gemacht.

Diese Mauer belastet folglich jede denkbare Lösung für einen gerechten Frieden in der Region. Der **Internationale Gerichtshof** hat den Bau der Mauer für illegal erklärt. Die **Generalversammlung der UNO** hat sich dem angeschlossen. Die Versammlung der 115 blockfreien Länder hat sich ihrerseits für Sanktionen ausgesprochen, mit der die israelische Regierung gezwungen werden soll, die Menschenrechte zu respektieren.

Die **Haltung der EU** könnte Wirkung zeigen, wenn sie den Assoziierungsvertrag mit Israel außer Kraft setzen würde, um die Regierung Sharon zu zwingen, auf seine Kriegs- und Annexionspolitik zu verzichten. Der Rat und die Kommission der EU lehnen das trotz eines entsprechenden Votums des Europaparlaments von 2002 ab.

Am 9.11.2004 begann in Zusammenarbeit mit palästinensischen NGO's eine Aktionswoche gegen den Bau der Mauer. In Frankreich wird diese Aktion durch die Mitgliederorganisationen des **„Nationalen Kollektivs für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Palästinensern und Israelis“** unterstützt.

Bei Demonstrationen und Versammlungen in vielen Städten treten sie am 13.11.2004

- für die Umsetzung des Urteils des Internationalen Gerichtshofs für den Abbau der Mauer,

- für die Außerkraftsetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, - sowie für das Ende der Besetzung palästinensischer Gebiete ein.

http://www.association-belgo-palestinienne.be/communiqué/communiqué_attac-france_deces_president-arafat.htm

Übersetzung: Hartmut Brühl

Sophia Deeg: Moustafa Barghouthi (Demokratiebewegung Al Mubadara) kandidiert

Mit Moustafa Barghouthi kandidiert ein Vertreter der palästinensischen Demokratiebewegung Al Mubadara und des konsequenten Widerstands gegen die Besatzung.

Im übrigen ist Mustafa Barghouthi der palästinensische Politiker und Aktivist, der im Verlauf der zweiten Intifada zusammen mit anderen die möglichst kontinuierliche Präsenz von internationalen und israelischen AktivistInnen an der Seite der palästinensischen Bevölkerung und ihres gewaltlosen Widerstands gegen die Besatzung anregte.

Maruan Barghouthi, der inhaftierte Fatah-Politiker, verzichtete inzwischen zugunsten des PLO-Chefs Mahmud Abbas auf seine Kandidatur als Nachfolger Arafats. Außerdem haben sich einige, sowohl in Palästina als auch außerhalb wenig bekannte KandidatInnen für die palästinensische Präsidentschaft gemeldet, die kaum Aussichten auf Erfolg haben dürften und wohl lediglich ihre Auftritte im Rahmen des Wahlkampfes nutzen wollen, um sich - für andere Funktionen - bekannt zu machen. Mustafa Barghouthi, der mit dem hierzulande bekannteren Maruan nur den Familiennamen gemeinsam hat, ist hingegen ein durchaus aussichtsreicher Kandidat. Er ist in Palästina allgemein anerkannt wegen seines Engagements nicht nur für die Verteidigung demokratischer Strukturen der palästinensischen Gesellschaft und für die medizinische Versorgung der Bevölkerung, sondern auch im Kampf für die elementaren Rechte der Palästinenser und gegen die Besatzung. Anders als der Kandidat der Fatah Mahmud Abbas gilt er in der palästinensischen Bevölkerung nicht als korrupt und verstrickt in die entsprechenden Strukturen der Autonomiebehörde. Auch als **Leiter der Palestinian Medical Relief Committees** genießt er Respekt; denn dieser NGO verdanken es die

Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens, dass auch unter den extrem schwierigen Bedingungen der Besatzung die medizinische Versorgung aufrechterhalten wird.

Mustafa Barghouthi nahm an der Verhandlungsdelegation in Madrid 1991 teil, die von der israelischen Führung gegen eine willfähige Delegation aus dem Umkreis von Yassir Arafat ausgetauscht wurde. Barghouthi war einer der Generalsekretäre der Palestinian Peoples' Party (KP Palästinas), bis er 2002 zusammen mit Haidar Abdel Shafi, Edward Said und anderen bekannten palästinensischen Persönlichkeiten Al Mubadara (Die Initiative) gründete, die es sich zum Ziel gesetzt hat, durch die Wiederbelebung der basisdemokratischen Strukturen der ersten Intifada einen konsequenten zivilgesellschaftlichen Kampf gegen die Besatzung zu führen. Für Al Mubadara, inzwischen Partei, kandidiert Mustafa Barghouthi. Entsprechend lautet sein Programm als Präsidentschaftskandidat zusammengefasst: **Stärkung und Erweiterung des demokratisch geführten Kampfs gegen die Besatzung und konsequentes Eintreten für die Rechte der Palästinenser, wie sie in UN-Resolutionen festgestellt wurden (d.h. selbstverständlich auch das Rückkehrrecht).** Mit diesem Programm, das sich auch ausdrücklich gegen Korruption und Klientelwirtschaft wendet, ist Mustafa Barghouthi für breite Schichten der palästinensischen Bevölkerung wählbar. Sowohl Anhänger der Linken wie der Hamas und weltweit eingestellte Palästinenser, die man politisch zur Mitte rechnen kann, sind seit langem tief enttäuscht von der Korruption der Autonomiebehörde und der Fatah. Dabei kritisiert man diese Korruption nicht nur in ihren finanziellen Aspekten, sondern vor allem als politische Korruption. Viele Palästinenser sind desillusioniert von einer politischen Führung, für die der Osloprozess

in erster Linie dazu diente, jede politische Mitbestimmung zu strangulieren, um den israelischen und amerikanischen Vorgaben und Forderungen nachzukommen. Sie fühlen sich sowohl in ihren politischen Bestrebungen wie auch in ihren alltäglichen Belangen von der eigenen Führung im Stich gelassen.

In dem Maße allerdings, in dem Mustafa Barghouthi tatsächlich einen Gegenpol zu diesem Kurs der annähernd bedingungslosen Anbiederung an die israelischen und amerikanischen Wünsche darstellt, ist er selbstverständlich kein Wunsch kandidat der israelischen, amerikanischen oder europäischen Nahost-Politiker. Dennoch ist er auch außerhalb Palästinas, in Israel, Europa und den USA ein Hoffnungsträger. Er war es, der 2001, als die blutige Niederschlagung der zweiten Intifada durch die übermächtige israelische Armee immer drastischere Formen annahm und sich die "internationale Gemeinschaft" in dumpfer Übereinstimmung mit der israelischen Propaganda nicht weiter darum scherte, **anregte, dass die internationalen sozialen Bewegungen und die Anti-Kolonialisten Israels sich zum Schutz der Bevölkerung und ihres Widerstands nach Palästina begeben mögen.** Seither gibt es diese vor allem auf den Weltsozialforen und den europäischen Sozialforen weiter entwickelte internationale Präsenz in Palästina und eine breite internationale Bewegung gegen die Besatzung.

<http://www.globalresistance.de>

<http://www.jungewelt.de/2004/12-14/005.php>

- Die palästinensische National-Initiative Al-Mubadara wurde am 17.06.2002 ins Leben gerufen, <http://www.almubadara.org>

- International Solidarity Movement: <http://www.palsolidarity.org/>

Eric Toussaint¹

60 Jahre Bretton-Wood-System

Die Unterstützung von Diktaturen durch Weltbank und IWF

Vorbemerkung der SiG-Redaktion:

Die Kritiken an die internationalen Finanzinstitutionen wurden anlässlich des 60. Jahrestags ihrer Gründung lauter, in der ersten Oktoberwoche fanden weltweit Aktionen statt.

Michel Hussons Aufsatz in SiG 38 forderte eine grundlegende Umgestaltung der internationalen Finanzinstitutionen.

In dieser Nummer veröffentlichen wir einen Text, der die Unterstützung von Diktaturen durch die Weltbank und IWF seit einem halben Jahrhundert belegt. Wir haben ihn aus einer Serie von Aufsätzen entnommen, die von dem CADTM (Komitee für die Streichung der Schulden der Dritten Welt) in diesem Sommer veröffentlicht worden sind.

Die Internetseite <http://www.cadtm.org> ist eine Fundgrube in drei Sprachen (Englisch, spanisch und französisch). Wir werden zwei weitere Artikel in den nächsten Nummern veröffentlichen, zum einen „Eine Bank unter Einfluss“ (der USA) zum anderen „Weltbank und IWF: Die Obsession Produktionssteigerung“.

Sechzig Jahre ist es nun her, dass die Konferenz von Bretton Woods am 22. Juli 1944 zu Ende ging und Weltbank sowie Internationaler Währungsfonds gegründet wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wandte sich die Politik immer größerer Teile der Dritten Welt gegen die ehemaligen Kolonialmächte. Diese Entwicklung stieß bei den Regierungen der großen kapitalistischen Industriestaaten, die entscheidenden Einfluss auf Weltbank (WB) und IWF ausüben, auf heftigen Widerstand. Daher sind die Vorhaben der WB von stark politischer Natur: Es geht ihr vor allem um die Eindämmung von Bewegungen, welche die Dominanz der großen kapitalistischen Mächte in Frage stellen.

Einer der wichtigsten Punkte der Charta der Weltbank - das Verbot, "politische" oder "nicht wirtschaftliche" Überlegungen bei ihren Projekten einfließen zu lassen - wird systematisch umgangen. Diese politische Parteilichkeit der Bretton-Woods-Institutionen zeigt sich besonders an der Kreditpolitik gegenüber den Diktaturen in Chile, Brasilien, Nicaragua, Kongo-Kinshasa und Rumänien.

1. Die anti-kolonialistische und anti-imperialistische Erhebung der Dritten Welt

Nach 1955 verbreitete sich der Geist der Konferenz von **Bandung** (Indonesien)² in weiten Teilen der Welt. Dieser Konferenz vorangegangen war das Scheitern Frankreichs in Vietnam (1954), kurz nach ihr kam es zur Verstaatlichung des Suezkanals durch Nasser. Es folgten die Revolutionen in Kuba (1959) und Algerien (1954-1962), der erneute Kampf um Emanzipation in Vietnam... Die Politik immer größerer Teile der Dritten Welt kehrte den ehemaligen Kolonialmächten zunehmend den Rücken. So wurden zunehmend Importe substituiert und eine auf den **Binnenmarkt** ausgerichtete Politik verfolgt. Diese Entwicklung stieß bei den Regierungen der großen kapitalistischen Industriestaaten, die entscheidenden Einfluss auf Weltbank und IWF haben, auf heftigen Widerstand. Es folgte eine Welle nationalistisch ausgerichteter, populistischer bürgerliche Regime (Nasser in Ägypten, Nehru in Indien, Perón in Argentinien, Goulart in Brasilien, Soekarno in Indonesien, N'Krumah in Ghana...) und explizit sozialistischer Regierungen (Kuba, VR China).

Vor diesem Hintergrund sind also die Projekte der WB stark politisch gefärbt: Es geht vor allem um die Eindämmung von Bewegungen, welche die Dominanz der großen kapitalistischen Mächte in Frage stellen.

¹ Der Belgier Eric Toussaint ist Vorsitzender des CADTM (Komitee für die Streichung der Schulden der Dritten Welt) sowie Autor von „*La Finance contre les Peuples. La Bourse ou la Vie*“, CADTM – Syllepse - Cetim, Liège – Paris – Genève, 2004, 640 S. (dt. nur ältere Ausgabe „*Profit oder Leben – Neoliberale Offensive und internationale Schuldenkrise*“, Köln: Neuer Isp-Verlag, 2000“, 317 S.); als Koautor mit Damien Millet „*50 Questions/ 50 Réponses sur la dette, le FMI et la Banque mondiale*“, CADTM – Syllepse, Bruxelles – Paris, 2002 (dt. etwa „50 Fragen/50 Antworten zum Thema Schulden, IWF und Weltbank“); als Koautor mit Arnaud Zacharie „*Sortir de l'Impasse. Dette et ajustement*“, CADTM – Syllepse, Bruxelles – Paris, 2002 (dt. etwa „Der Weg aus der Sackgasse. Schulden und Lösungen“). Weitere Informationen: www.cadtm.org

² Die Konferenz von **Bandung** fand im Jahre 1955 statt und wurde vom indonesischen Präsidenten Soekarno einberufen. Sie gilt als Ausgangspunkt der Bewegung der blockfreien Länder. Soekarno, Tito und Nehru waren Machthaber, welche die Hoffnungen der Dritten Welt in Bezug auf das alte koloniale Herrschaftssystem verkörperten. In der Rede Soekarnos zur Eröffnung der Konferenz heißt es: „*Die Tatsache, dass Führer asiatischer und afrikanischer Völker in einem ihrer eigenen Länder zusammentreffen können, um ihre gemeinsamen Probleme zu diskutieren und beraten, stellt einen Meilenstein in der Geschichte dar. (...) Kein Volk kann sich frei fühlen, solange ein Teil seines Heimatlandes nicht frei ist. Wie der Frieden, so ist auch die Freiheit nicht unteilbar. (...) Schon oft wurde uns gesagt, der Kolonialismus sei tot. Doch wir dürfen uns über dieser trügerischen Floskel keinen Illusionen hingeben oder uns von ihr einlullen lassen. Ich versichere, dass der Kolonialismus noch immer sehr wohl am Leben ist. Denn wie kann das Gegenteil behauptet werden, wenn weite Gebiete Asiens und Afrikas nicht frei sind? (...) Der moderne Kolonialismus zeigt sich auch in der Gestalt wirtschaftlicher, intellektueller oder physischer Kontrolle, die eine ausländische Gemeinschaft innerhalb der Nation ausübt. Er ist ein gewandter und entschlossener Wolf in den verschiedensten Schafspelzen, und er lässt seine Beute nicht so leicht laufen. Egal wo, egal wann und egal in welcher Form er auftritt - der Kolonialismus ist ein Übel, das es von der Erdoberfläche zu verbannen gilt.*“ Quelle: *Le Monde diplomatique*, „Les objectifs de la Conférence de Bandoeng“ („Die Ziele der Bandung-Konferenz“, Mai 1955, S. 1).

2. Einflussnahme der Weltbank auf nationale Ökonomien

Seit den 1950er Jahren hat die WB ein Netz von Einflussmöglichkeiten aufgebaut, das ihr künftig von großem Nutzen sein wird. Sie hat begonnen, eine gewisse Abhängigkeit der Dritten Welt von ihren Diensten aufzubauen. Die jetzige Macht der Weltbank basiert zu großen Teilen auf dem Netz nationaler Instanzen, welche sie in den Staaten geschaffen hat, die ihre Kunden und damit auch ihre Schuldner geworden sind. Die WB hat somit eine regelrechte Einflusspolitik verfolgt, um ihr Darlehensnetz zu stützen.

Seit den 1950er Jahren war eines der wichtigsten Ziele der Weltbank die „Schaffung von Institutionen“, welche in den meisten Fällen durch die Gründung parastaatlicher Einrichtungen innerhalb der Kundenländer der Bank realisiert wurde³. Solche Instanzen wurden absichtlich so angelegt, dass sie finanziell relativ unabhängig von ihren Regierungen sind und nicht der Kontrolle lokaler politischer Institutionen wie nationalen Parlamenten unterliegen. Sie stellen somit natürliche Relaisverbindungen der Weltbank dar, der sie einiges schulden - nicht zuletzt ihre Existenz, in einigen Fällen sogar ihre Finanzierung.

Die Schaffung dieser Institutionen war eine der bedeutsamsten Strategien der Weltbank zur Einflussnahme auf die politischen Ökonomien der Länder der Dritten Welt.

Diese Instanzen, die nach ihren eigenen Regeln (oft jedoch entwickelt nach Vorschlägen der Weltbank) arbeiteten und sympathisierende, von der Weltbank favorisierte Technokraten beschäftigten, dienten dazu, eine stabile und vertrauenswürdige Quelle dafür zu schaffen, was die Weltbank brauchte: „lebensfähige“ Darlehensanträge. Außerdem stellten sie für die Bank quasi Basen paralleler Macht dar, über die es ihr möglich war, die nationalen Ökonomien - de facto ganze Gesellschaften - ohne umständliche demokratische Kontrollverfahren oder unerwünschte Debatten umzuformen.

Mit Hilfe beträchtlicher finanzieller Unterstützung durch die Ford- und Rockefeller-Stiftungen gründete die Weltbank im Jahre 1956 das Institut für Wirtschaftsentwicklung (*Economic Development Institute*), das offiziellen Entscheidungsträgern der Mitgliedsländer sechsmonatige Schulungskurse anbot. „Zwischen 1956 und 1971 haben 1300 offizielle Entscheidungsträger an Lehrgängen des Instituts teilgenommen, wovon eine beträchtliche Anzahl Positionen wie Ministerpräsidenten oder Wirtschafts- bzw. Finanzminister erlangt hatten.“⁴

Die Folgen einer solchen Politik sind besorgniserregend: Eine Studie des *International Legal Center* (ILC) in New York zum Vorgehen der Weltbank in Kolumbien zwischen 1949 und 1972 hat ergeben, dass die durch die Bank etablierten autonomen Institutionen einen erheblichen Einfluss auf die politische Struktur und soziale Entwicklung der ganzen Region hatten, zu einer Schwächung des *„Systems politischer Parteien geführt und die Bedeutung von Legislative und Judikative verringert haben“*.

Somit kann also festgestellt werden, dass die Weltbank seit den 1960er Jahren neue und einzigartige Mechanismen angewandt hat, um kontinuierlichen Einfluss auf die inneren Angelegenheiten der Kreditnehmerländer auszuüben. Nichtsdestotrotz streitet die Bank rigoros ab, dass die Interventionen politischer Natur seien: Sie besteht im Gegenteil auf der Tatsache, dass ihre Politik nichts mit den Machtstrukturen zu tun haben und dass die politischen und ökonomischen Angelegenheiten separat ablaufen würden.

3. Die Darlehenspolitik der Weltbank wird von politischen und geostrategischen Überlegungen beeinflusst.

Artikel IV, Abschnitt 10 der Weltbank-Charta legt Folgendes fest: *„Die Bank und ihre Verantwortlichen dürfen sich nicht in politische Angelegenheiten eines Mitgliedsstaates einmischen bzw. durch die Politik des/der betroffenen Mitgliedes/Mitglieder in ihren Entscheidungen beeinflussen lassen. Ausschließlich wirtschaftliche Betrachtungen dürfen Einfluss auf ihre Entscheidungen nehmen, wobei diese Überlegungen unbefangen abgewogen werden müssen, um die in Art. I (durch die Bank) festgelegten Ziele zu erreichen.“*

Das Verbot „politischer“ oder „nicht wirtschaftlicher“ Betrachtungen hinsichtlich der Projekte der Bank gehört zu den wichtigsten Punkten ihrer Charta und wurde dennoch systematisch umgangen. Und dies von Beginn an. So hat die Bank z.B. Kredite an Frankreich nach seiner Befreiung verweigert, solange Kommunisten die Regierungsgewalt inne hatten (gleich nach deren Regierungsaustritt im Mai 1947 wurde das beantragte und bis dato blockierte Darlehen bewilligt).⁵

Die Weltbank hat wiederholt gegen Artikel IV ihres Statuts verstoßen. Faktisch ist es so, dass die Bank in der Regel ihre Entscheidungen in Abhängigkeit politischer Überlegungen trifft. Die Art der politischen Ökonomien ist also nicht maßgeblich.

³ Bruce Rich zitiert als Beispiele für durch die Weltbank gegründete Instanzen: In Thailand: *Industrial Finance Corporation of Thailand* (IFCT), *Thai Board of Investment* (BOI), *National Economic and Social Development Board* (NESDB) und *Electrical Generating Authority of Thailand* (EGAT); in Indien: *National Thermal Power Corporation* (NPTC), *Northern Coal Limited* (NCL)... (Siehe Bruce Rich, S.13 und 41)

⁴ Rich, a.a.O. S. 76, vgl. STERN, Nicholas und FERREIRA, Francisco (1997): „The World Bank as 'intellectual actor'“, in: KAPUR, Devesh/LEWIS, John P./WEBB, Richard (1997): *The World Bank, Its First Half Century, Volume 2*, S.583-585

⁵ Siehe Eric Toussaint: „Soixantième anniversaire de Bretton Woods: une Banque sous influence“ (dt. etwa: „60 Jahre Bretton Woods: eine Bank unter Einfluss“), Juli 2004

So hat die Bank regelmäßig Geld für Behörden eines Landes bewilligt, trotz dessen schlechter Wirtschaftspolitik und eines hohen Korruptionsniveau: Indonesien und Zaire sind die besten Beispiele. Genau betrachtet hing die Auswahl der Kreditländer durch die Bank für gewöhnlich davon ab, ob diese „höhere“ politische Ziele im Sinne der Hauptaktionäre der Bank verfolgten und spiegelte damit die Interessen und Ausrichtungen Letzterer, vor allem die der USA, wider. Der vorangehende Artikel dieser Serie, „Eine Bank unter Einfluss“, zeigt den immensen Einfluss der USA auf die Weltbank für einige konkrete Fälle auf.

Die Auswahlkriterien der Bank und ihres Zwillings, dem IWF, von 1947 bis zum Zusammenbruch des Sowjetblocks⁶ wurden weitgehend durch folgende Faktoren bestimmt:

- Vermeidung der Aufrechterhaltung autozentrischer Modelle
- finanzielle Unterstützung großer Projekte (WB) oder Politiken (FMI), die die Exporte der größten Industriestaaten begünstigen
- Ablehnung von Hilfsleistungen für Regime, die als Bedrohung für die Regierung der USA und andere wichtige Aktionäre angesehen werden
- Versuch der Einflussnahme auf die Politik einiger Regierungen so genannter sozialistischer Staaten zur Schwächung des Sowjetblocks. In diesem Zusammenhang wurde auch Jugoslawien Unterstützung gewährt, das sich vom seit 1948 durch Moskau dominierten Sowjetblock zurückgezogen hat. Des Weiteren kam ab den 1970er Jahren auch Rumänien in diesen Genuss, als Ceausescu Anzeichen machte, sich von COMECON und Warschauer Pakt abzuwenden.
- Unterstützung strategischer Verbündeter im kapitalistischen Westblock, insbesondere der USA (z.B. Indonesien von 1965 bis heute, Zaire unter Mobutu, Philippinen unter Marcos, Brasilien unter der Diktatur ab 1964, Nicaragua unter dem Diktator Somoza, Südafrika der Apartheid)
- Anstrengungen, eine Annäherung zwischen den Regierungen der Entwicklungsländer und dem Sowjetblock bzw. China zu vermeiden oder zumindest zu begrenzen: z.B. durch den Versuch, Indien und Indonesien zur Zeit Soekarnos von der UdSSR fern zu halten.

Zur Durchsetzung dieser Politik wenden Weltbank und IWF eine bestimmte Taktik an: Gegenüber Rechtsregierungen mit starker Linksoption sind sie nachgiebiger („weniger hohe Anforderungen“ in Bezug auf unpopuläre Sparpolitik) als gegenüber Linksregierungen mit starker Rechtsopposition. Dies bedeutet konkret, dass die Internationalen Finanzinstitutionen (IFI) gegenüber einer Linksregierung, die sich mit einer Rechtsopposition konfrontiert sieht, hohe Anforderungen stellen und ihr das Leben schwer machen werden, um sie so zu schwächen und der Rechten den Weg zur Macht zu erleichtern. Derselben Logik folgend werden die IFI weniger anspruchsvoll bei einer Rechtsregierung mit Linksoption sein, um diese Regierung nicht zu schwächen und eine evt. Machtübernahme der Linken zu verhindern. Die Orthodoxie hinsichtlich der Geldpolitik wird den jeweiligen Gegebenheiten angepasst: Entscheidend sind hierbei politische und geostrategische Faktoren.

Konkrete Fälle - Chile, Brasilien, Nicaragua, Zaire und Rumänien - zeigen sehr deutlich, wohin die Entwicklung eigentlich gegangen ist: Dies betrifft die Auswahlkriterien von Weltbank und IWF zugleich, da diese im Großen und Ganzen von denselben Überlegungen bestimmt werden und denselben Einflüssen unterliegen.

IWF und Weltbank hatten nämlich keine Scheu, selbst Diktaturen Unterstützung zu gewähren, wenn sie (und andere kapitalistische Großmächte) dies für opportun befanden. Im *Bericht über die menschliche Entwicklung 1994* des UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) steht es schwarz auf weiß: „*Faktisch verhalten sich die von den USA in den 1980er Jahren ausgezahlten Hilfsleistungen umgekehrt proportional zur Einhaltung der Menschenrechte. Die multilateralen Geber scheinen sich um solche Überlegungen auch nicht zu kümmern. Es scheint vielmehr so, dass sie bedenkenlos autoritäre Regime vorziehen, da sie sich von diesen eher eine stabile Politik und ökonomische Kompetenzen versprechen. Im Zuge dessen erhielten z.B. Bangladesch und die Philippinen mit der Aufhebung des Standrechts anteilig weniger Darlehen durch die Weltbank*“.⁷

4. Die politische Parteilichkeit der Internationalen Finanzinstitute: Beispiele finanzieller Unterstützung von Diktaturen

4.1. Unterstützung der Diktatur von General Augusto Pinochet in Chile

Unter der demokratisch gewählten Regierung Allende (1970 -1973) erhielt Chile keine Darlehen von der Weltbank. Das Land wurde erst unter der nach dem Militärputsch von 1973 eingesetzten Regierung Pinochet unversehens kreditwürdig. Jedoch konnte keiner der Leiter der Weltbank und des IWF die zutiefst autoritäre und diktatorische Natur von Pinochets Regime übersehen. Die Verbindung zwischen der Darlehenspolitik und dem geopolitischen Kontext liegt hier klar auf der Hand.

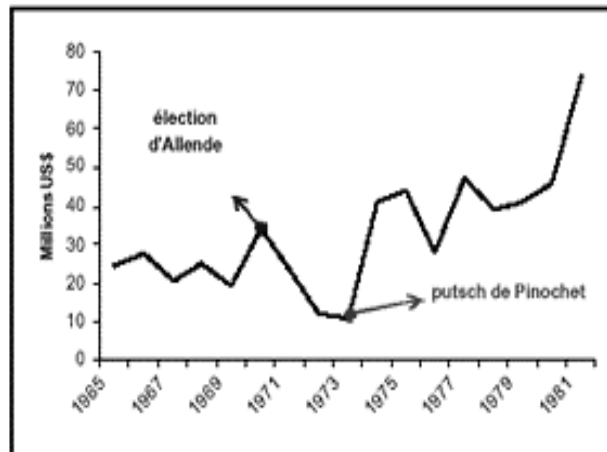
⁶ Entspricht der Zeit des Kalten Krieges

⁷ UNDP, 1994, S. 81

Schaubild 1. CHILE:: die multilateralen Ausgaben *Quelle: Weltbank, CD-ROM GDF, 2001*

1970: Wahl Allendes 1973 Putsch Pinochets

Graphique 1. CHILI : les déboursements multilatéraux



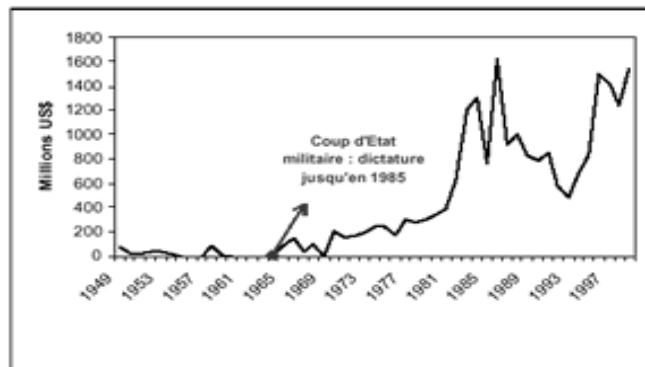
Source : Banque mondiale, CD-ROM GDF, 2001

4.2. Unterstützung der Militärjunta in Brasilien nach dem Sturz von Präsident Joao Goulart

Schaubild 2. BRASILIEN : Ausgaben der Weltbank *Quelle: Weltbank, CD-Rom GDF, 2001*

1965 Militärischer Putsch; Diktatur bis 1985)

Graphique 2. BRÉSIL : déboursements de la Banque mondiale



Source : Banque mondiale, CD-Rom GDF, 2001

Die demokratische Regierung von Präsident Joao Goulart wurde im April 1964 vom Militär gestürzt. Die drei Jahre lang eingestellte Vergabe von Darlehen durch die Weltbank und den IWF wird kurz danach wieder aufgenommen⁸.

Kurze Zusammenfassung der Ereignisse: 1958 muss der brasilianische Präsident Kubitschek mit dem IWF Verhandlungen um ein Darlehen von 300 Millionen Dollars durch die USA aufnehmen. Am Ende lehnt Kubitschek die vom IWF auferlegten Bedingungen ab und verzichtet auf das Darlehen der USA. Diese Entscheidung stößt auf ein positives Echo in der Bevölkerung.

Sein Nachfolger Goulart hatte die Umsetzung einer radikalen Bodenreform angekündigt, sowie Maßnahmen zur Verstaatlichung der Ölraffinerien: er wurde vom Militär gestürzt. Am Tag nach dem Sturz erkennen die USA das neue Militärregime an. Einige Zeit später nehmen die Weltbank und der IWF ihre eingestellte Darlehenspolitik wieder auf. Ihrerseits heben die Militärs die von den USA und dem IWF kritisierten Wirtschaftsmaßnahmen auf. Zu beachten ist hierbei, dass die Internationalen Finanzinstitute der Auffassung waren, dass das Militärregime wirtschaftlich gesunde Maßnahmen trafe (*sound economic measures*)⁹. Das BNP sank 1965 jedoch um 7%, und Tausende von Unternehmen gingen bankrott.

⁸ Eine genauere Beschreibung der nachstehend resümierten Fakten findet sich in: PAYER, Cheryl (1974): The Debt Trap: The International Monetary Fund and the Third World, Monthly Review Press, New York/London, S. 143-165

⁹ Im Jahre 1965 schloss Brasilien ein Stand-by-Abkommen mit dem IWF und erhielt neue Kredite. Außerdem wurden seine Auslandsschulden durch die USA, mehrere Gläubigerstaaten Europas und Japan umstrukturiert. Nach dem Militärputsch wurde die Darlehenssumme in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre von Null auf durchschnittlich 73 Millionen US-Dollar/Jahr erhöht und stieg bis Mitte der 1970er Jahre auf fast eine halbe Milliarde US-Dollar/Jahr.

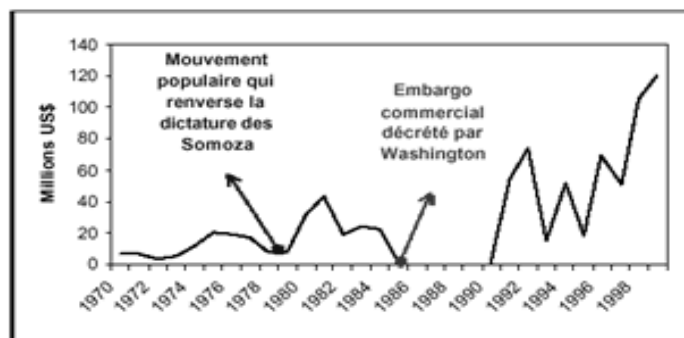
Das Regime organisierte harte Repressionen, verbot Streiks, verursachte ein starkes Absacken der Reallöhne, hob die direkten Wahlen auf, ordnete die Auflösung der Gewerkschaften an und griff regelmäßig zur Folter.

4.3. Die Weltbank unterstützte die Diktatur von Anastasio Somoza und stellte die Vergabe von Darlehen an dieses Land nach der Wahl des Sandinisten Daniel Ortega zum Präsidenten von Nicaragua ein.

Schaubild 3. NICARAGUA: Ausgaben der Weltbank *Quelle: Weltbank, CD-ROM GDF, 2004*

1979: Ein Volksaufstand stürzt Die Somoza-Diktatur 1986: Die USA beschließen ein Handelsembargo

Graphique 3. NICARAGUA : déboursements de la Banque mondiale



Source : Banque Mondiale, CD-ROM GDF, 2004

Während sich der Somoza-Clan durch das militärische Einschreiten der USA¹⁰ seit den 30er Jahren in Nicaragua an der Macht halten können, siegte am 19. Juli 1979 eine mächtige Volksbewegung über die Diktatur und bewirkte die Flucht des Diktators Anastasio Somoza. Die Somoza hatten sich eines sehr großen Anteils der Reichtümer des Landes bemächtigt und die Ansiedlung großer ausländischer Unternehmen, vor allem solcher aus den USA, begünstigt und waren im Volk verhaßt. Anastasio Somozas Diktatur war in den Genuß zahlreicher Darlehen der Weltbank gelangt. Nach dem Sturz der Diktatur wurde eine Bündnisregierung eingesetzt, bei der die traditionelle demokratische Opposition (angeführt von Unternehmenschefs) mit den sandinistischen Revolutionären zusammentrafen, die weder aus ihrer Sympathie für Kuba, noch aus ihrer Bereitschaft, bestimmte wirtschaftliche Reformen durchzuführen (Bodenreform, Verstaatlichung von bestimmten ausländischen Unternehmen, Aneignung von Ländereien im Besitz des Somoza-Clans, Alphabetisierungsprogramm ...), ein Hehl machten. Washington, das Anastasio Somoza bis zum Schluss unterstützt hatte, war der Auffassung, dass diese neue Regierung für Mittelamerika die Gefahr einer Verbreitung kommunistischer Ideen darstelle.

Die zum Zeitpunkt des Diktaturumsturzes amtierende Regierung Carter nahm nicht sofort eine aggressive Haltung an. Aber die Dinge änderten sich postwendend, als Ronald Reagan das Weiße Haus bezog. Er kündigte (1981) seinen Willen an, die Sandinisten zu Fall zu bringen, unterstützte finanziell und militärisch einen von ehemaligen Mitgliedern der Nationalgarde geführten Aufstand (»Contrarevolucionarios« oder »Contras«). Die US-Luftwaffe verminnte mehrere nicaraguanische Häfen. Angesichts dieser Feindseligkeiten radikalisierte sich die Politik der mehrheitlich sandinistischen Regierung ... Bei den Wahlen von 1984, die zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert auf demokratischer Weise abgehalten wurden, war der Sandinist Daniel Ortega mit 67% der Stimmen zum Präsidenten gewählt worden. Im Jahr darauf verhängten die USA ein Handelsembargo gegen Nicaragua, das das Land für ausländische Investoren isolierte. Die Weltbank stellte ihre Darlehen nach dem Sieg der Sandinisten bei den Präsidentschaftswahlen ein. Wie es der Artikel »Une banque sous influence« (Eine Bank unter Einfluss) zeigt, versuchten die Sandinisten aktiv die Weltbank davon zu überzeugen, die Vergabe von Darlehen wieder aufzunehmen. Sie waren bereit, einen drakonischen Strukturanpassungsplan durchzuführen. Die Weltbank entschied sich dafür, nicht auf ihre Vorschläge einzugehen und nahm die Darlehen erst nach der Niederlage der Sandinisten bei den Wahlen vom Februar 1990 wieder auf, bei denen Violeta Barrios de Chamorro, die von den USA unterstützte konservative Kandidatin, den Sieg davontrug.

4.4. Unterstützung der Diktatur von Mobutu

Bereits 1962 informierte ein Bericht des Sekretärs der Vereinten Nationen darüber, dass mehrere zur Finanzierung von Mobutus Truppen bestimmte Millionen Dollars von Letzterem unterschlagen worden waren. 1982 erbrachte der von einem Senior des IWF, dem deutschen Bankier Erwin Blumenthal verfasster Bericht belastende Nachweise über das von Mobutu regierte Zaire, in dem er ausländische Geldgeber darauf aufmerksam machte, dass ihre Erwartungen, ihre Kosten rückerstattet zu bekommen, sich nicht erfüllen könnten, solange Mobutu an der Macht sei. Zwischen 1965 und 1981 hatte die Regierung von Zaire im Ausland Anleihen in Höhe von ungefähr 5 Milliarden Dollar aufgenommen und zwischen 1976 und 1981 waren

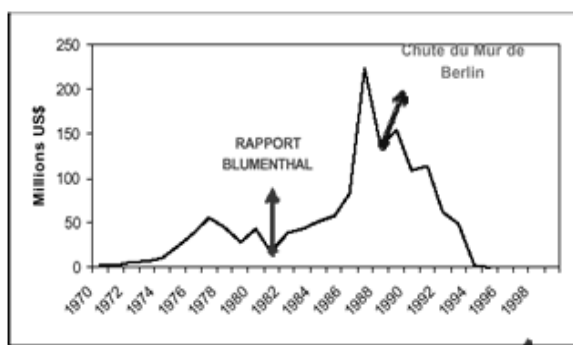
¹⁰ Siehe Eric Toussaint „Soixantième anniversaire de Bretton Woods: une Banque sous influence“ (dt. etwa: 60 Jahre Bretton Woods: eine Bank unter Einfluss“), Juli 2004

ihre Auslandsschulden im Klub von Paris Gegenstand von vier Umschuldungsmaßnahmen in der Höhe von 2,25 Milliarden Dollar.

In der äußerst schlechten wirtschaftlichen Führung und der systematischen Unterschlagung eines Teils der Darlehen durch Mobutu haben der IWF und die Weltbank jedoch keinen Anlass gesehen, ihre Hilfe für das diktatorische Mobutu-Regime einzustellen. Es ist erstaunlich festzustellen, dass die Weltbank nach Abgabe des Blumenthal-Berichts ihre Ausgaben noch erhöht hat (der IWF ebenfalls, aber sie sind im Schaubild nicht dargestellt). Ganz offenkundig war eine gute wirtschaftliche Führung als Kriterium für die Entscheidung der Weltbank und des IWF nicht grundsätzlich ausschlaggebend. Das Mobutu-Regime war während der Dauer des Kalten Kriegs ein strategischer Bündnispartner der USA und anderer einflussreicher Mächte innerhalb der Institutionen von Bretton Woods (zu denen Frankreich und Belgien gehören). Seit 1989-1991, mit dem Fall der Berliner Mauer und dem später folgenden Zusammenbruch der UdSSR verlor sich das Interesse an dem Mobutu-Regime. Umso mehr als in vielen Ländern Afrikas (darunter Zaire) nationale Konferenzen abgehalten wurden, die die Forderung nach Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die Darlehen der Weltbank begannen sich zu vermindern, und hörten Mitte der 90er Jahre völlig auf.

Schaubild 4 : KONGO-KINSHASA (ZAIRE UNTER MOBUTU): Ausgaben der Weltbank *Quelle: Weltbank, CD-Rom, GDF, 2001*

1982: Blumenthal-Report 1989: Fall der Berliner Mauer
 Graphique 4 : CONGO-KINSHASA (ZAIRE SOUS MOBUTU) : déboursments de la Banque mondiale

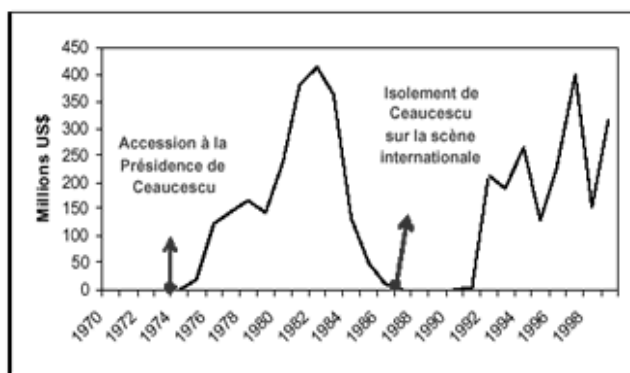


Source : Banque mondiale, CD-Rom, GDF, 2001

4.5. Unterstützung der Diktatur von Ceaucescu in Rumänien durch die Weltbank

Schaubild 5 : RUMÄNIEN: Ausgaben der Weltbank *Quelle: Weltbank, CD-Rom, GDF, 2001*

1974: Ceaucescu wird Präsident 1988: Isolierung Ceaucescus auf der internationalen Bühne
 Graphique 5 : ROUMANIE : déboursments de la Banque mondiale



Source : Banque Mondiale, CD-Rom, GDF, 2001

Ab 1947 wird Rumänien Teil des Ostblocks. 1972 tritt Rumänien als erstes Land aus dem sowjetischen Einflussbereich der Weltbank bei.

Ceaucescu war seit 1965 Generalsekretär der regierenden Kommunistischen Partei; 1968 hatte er das Einschreiten der UdSSR in der Tschechoslowakei kritisiert. Die rumänischen Truppen marschierten nicht mit denen des Warschauer Pakts ein. Dieses Abstandnehmen Moskau gegenüber hat Washington ganz augenscheinlich dazu bewogen, via die Weltbank enge Beziehungen mit dem rumänischen Regime zu knüpfen.

Schon ab 1973 nimmt die Weltbank mit Bukarest Verhandlungen zur Einleitung einer Darlehenspolitik auf, die rasch einen ziemlich stattlichen Umfang erreicht. 1980 steigt Rumänien zum achtwichtigsten Darlehensnehmer auf der Liste der Weltbank auf. Einer der Chronisten der Weltbank, Aart van de Laar, erzählt eine bedeutsame Anekdote, die ins Jahr 1973 zurückreicht. Er nahm Anfang 1973 an einer Besprechung mit den Leitern der Weltbank teil, bei der der Anfang der Darlehensvergabe an Rumänien auf der Tagesordnung stand. Angesichts der Ungläubigkeit gewisser Leiter, die das Fehlen eines detaillierten Berichts über Rumänien beanstandeten, habe Robert McNamara erklärt, dass er bezüglich Schuldenrückzahlung eine großes Vertrauen in die finanzielle Gesundheit der sozialistischen Länder lege. Darauf habe einer bei der Besprechung anwesenden der Vizepräsidenten der Weltbank geantwortet, dass « *das Chile von Allende vielleicht noch nicht ausreichend sozialistisch geworden sei* »¹¹. McNamara sei eisig geblieben.

Die Entscheidung der Weltbank beruhte nicht auf überzeugenden wirtschaftlichen Kriterien. *Primo*, sie begann tatsächlich damit, Rumänien Darlehen zu vergeben, ohne einen Streit über früher gemachte Schulden beigelegt zu haben, während sich die Weltbank sonst regelmäßig geweigert hatte, einem Land Darlehen einzuräumen, das frühere Staatsschulden nicht zurückgezahlt hat. *Secundo*, die Hauptsache der Wirtschaftstätigkeit Rumäniens wurde innerhalb Comecon in Binnenwährungen ohne Wechselkurs abgewickelt: wie hätte es Darlehen in starken Währungen zurückzahlen können? *Terzio* hatte sich Rumänien anfänglich geweigert, der Weltbank die von ihr verlangten Auskünfte zur wirtschaftlichen Lage zu erteilen. Es sind also erwiesenermaßen politische Überlegungen, die die Weltbank zur Aufnahme enger Beziehungen mit Rumänien veranlassten. Im Rahmen des Kalten Krieges ging es darum, die UdSSR und den Ostblock durch die Pflege enger Beziehungen zu Rumänien zu schwächen. Fehlende Demokratie im Innern und systematische polizeiliche Repressionen schienen für die Weltbank in diesem wie in den anderen Fällen nicht Anlass genug, um von dieser Haltung abzuweichen.

Rumänien wird einer der größten Kunden der Weltbank, die ihm seine großen Vorhaben finanzierte (Kohleabbau im Tagebau, thermische Stromkraftwerke), deren negative Auswirkungen hinsichtlich Umweltverschmutzung leicht feststellbar waren. Bevölkerungsgruppen, die bisher in der Landwirtschaft tätig waren, wurden von den rumänischen Behörden zum Abbau von Kohle im Tagebau eingesetzt. In einem anderen Gebiet unterstützte die Weltbank eine Geburtenplanung zur Erhöhung der Geburtenrate.

Als 1982 die internationale Schuldenkrise ausbrach, beschloss das rumänische Regime, der Bevölkerung eine Schocktherapie zu verpassen. Rumänien unterband weitgehend seine Einfuhren, um mit den erzielten Devisenüberschüssen seine Auslandsschulden in forciertem Rhythmus zurückzuzahlen. Wie es die Verfasser des von der Weltbank zur Feier ihres 50-jährigen Bestehens bestellten Buches schreiben: »*Rumänien war gewissenmaßen das 'Schulbeispiel' eines Kreditnehmers, wenigstens vom Standpunkt der Kreditgeber aus*«. ¹² .

5. Schlussbemerkung

In Widerspruch mit dem in Abschnitt 10 von Artikel 4 ihrer Charta Festgelegten haben die Weltbank und der IWF systematisch Darlehen an Staaten verliehen, um Einfluss auf deren Politik zu nehmen. Die in dieser Untersuchung verwendeten Beispiele zeigen, dass bei diesen Entscheidungen die politischen und strategischen Interessen der großen kapitalistischen Mächte ausschlaggebend sind. Die von den großen kapitalistischen Mächten unterstützten Regime sind in den Genuss von Hilfgeldern gekommen, obwohl ihre Wirtschaftspolitik den offiziellen Kriterien der internationalen Finanzinstitute (IFI) nicht entsprachen und obwohl sie die Menschenrechte nicht beachteten. Außerdem sind die als den Interessen der großen Mächte zuwiderlaufend betrachteten Regime von der Vergabe von Darlehen durch die IFI ausgenommen worden, unter dem Vorwand, die von diesen festgelegten wirtschaftlichen Kriterien nicht zu erfüllen. Diese Politik der Institutionen von Bretton Woods ist am Ende des Kalten Krieges nicht aufgegeben worden, sondern wird bis zum heutigen Tag fortgesetzt: Darlehen für Rußland unter Eltsine, für Indonesien unter Suharto bis zu seinem Sturz 1998, an den Tschad unter Idriss Deby, an die Volksrepublik China, an den Irak unter fremder Besetzung.

Bibliographie :

- KAPUR, Devesh, LEWIS, John P., WEBB, Richard. 1997. *The World Bank, Its First Half Century, Band 2: Perspectives*, Brookings Institution Press, Washington, D.C., 766 Seiten.
PNUD. 1994. *Rapport mondial sur le développement humain*, Economica, Paris, 239 Seiten. RICH, Bruce. 1994. *Mortgaging the earth*, Earthscan, London, 376 Seiten
TOUSSAINT, Eric. 2004. *La Finance contre les peuples. La Bourse ou la Vie*, CADTM-Bruxelles/CETIMGenève/ Syllepse-Paris, 640 Seiten.
TOUSSAINT, Eric, »Soixantième anniversaire de Bretton Woods: une Banque sous influence«, veröffentlicht im Internet am 16. Juli 2004, 13 Seiten.
VAN DE LAAR, Aart. 1980. *The World Bank and the Poor*, Martinus Nijhoff Publishing, Boston/The Hague/London, 269 Seiten.

Copyright: Eric Toussaint 2004. Die Artikel können mit Zustimmung des Verfassers und ausdrücklicher Quellenangabe wiedergegeben werden. Kontakt: cadtm@skynet.be und yannick@cadtm.org
Übersetzung: Kathy Prochaska und Angelika Gross, ehrenamtliche Übersetzerinnen, cooridtrad@attac.org

¹¹ VAN DE LAAR, Aart. 1980. *The World Bank and the Poor*, Martinus Nijhoff Publishing, Boston/The Hague/London, p.40.

¹² 12 "Romania was, in a sense, a "model" debtor, at least from the creditors' point of view" KAPUR, Devesh, LEWIS, John P., WEBB, Richard. 1997. *The World Bank, Its First Half Century, Volume 1: History*, Brookings Institution Press, Washington, D.C., p.1061.

Beendet 60 Jahre der Zerstörung: IWF - Weltbank raus!

Vor sechzig Jahren trafen sich Delegierte der Regierungen von 45 Ländern in Bretton Woods, New Hampshire, USA und gaben einen Entwurf für den Umbau der Weltwirtschaft heraus. Zum ersten Mal wurden global verbindliche Abkommen und Institutionen erschaffen, angeblich im Sinne internationaler wirtschaftlicher Kooperation. In der Realität jedoch ebnete das Treffen, das von den Gewinnern des zweiten Weltkrieges dominiert wurde, den Weg für eine Handvoll der starken und gesunden Länder der nördlichen Hemisphäre und ihrer Regierungen, der gesamten Menschheit ihre Form der Wirtschaft aufzuzwingen.

Wer die Institutionen gründet, der regiert die Wirtschaft der Welt

Das Abkommen von Bretton Woods erschuf den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, oder kurz gesagt, die Weltbank (WB). Es verlieh diesen beiden Institutionen die Vollmacht, eine globale Ordnung und ein wirtschaftliches Klima aufrechtzuerhalten, das der kapitalistischen Entwicklung förderlich ist.

Der IWF sollte ein globales Finanz- und Währungssystem mit dem U.S. Dollar als internationaler Währung durchsetzen und dabei die Balance halten zwischen einem strengen System der festen Wechselkurse und der nicht abgedeckten freien Wechselkurse. Die Weltbank sollte andererseits Darlehen an die vom Krieg stark mitgenommene Wirtschaft und an arme Länder verlängern, die im Rahmen von „Entwicklungsprojekten“ und für die „Verringerung von Massenarmut“ genutzt werden sollten.

Die aufgebauten Strukturen und die gemachten Entscheidungen offenbarten die stark unausbalancierte Machtverteilung zwischen den Staaten. Just wie in privaten Unternehmungen, so sind auch hier die Rechte der Mitglieder generell und ihr Stimmrecht nach ihren „Anteilen“ bemessen. Es ist dann auch nicht sehr überraschend, dass der größte und mächtigste Teilhaber des IWF und der WB die Vereinigten Staaten sind.

Seit der Gründung besagter Institutionen im Jahre 1944 gab es einige Veränderungen. Gesetze, die neu aufkommende Probleme und neue Anforderungen an das globale System des Kapitalismus betrafen, wurden hinzugefügt. Es wurden Maßnahmen ergriffen, die die Macht von IWF und WB in den südlichen Ländern erweitern und festigen sollten. Das schloss zum Beispiel die Gründung neuer Unterorgane der WB und des IWF ein, so wie die Etablierung ihrer regionalen Gegenstücke – der Asiatischen Entwicklungsbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank sowie der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank.

Für den größeren Teil des zwanzigsten Jahrhunderts haben diese beiden Institutionen die Bedürfnisse und Anforderungen der kapitalistischen Weltordnung, zu blühen und die Oberhand zu behalten, definiert (und durchgesetzt) und die Denkmuster und Taktiken der Organe wurden wiederum festgelegt von ihren mächtigsten Mitgliedern – den wohlhabendsten Staaten der Welt, allen voran den USA.

Schulden und Zerstörung

Als in den frühen Siebzigern die Ölpreise stiegen, nahmen viele der Industrienationen die Nachfrage nach Gütern aus den Entwicklungsländern zurück, um für Öl zahlen zu können und Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen. Die südlichen Länder, die kein Öl produzierten, litten unter den sprunghaft ansteigenden Ölpreisen in Verbindung mit dem Rückgang der Nachfrage nach und dem Fall der Preise der von ihnen produzierten Handelswaren. Internationale Banken und Geldinstitutionen andererseits sahen sich überschwemmt von riesigen Dollar-Überschüssen, die aus der

Vervierfachung der Ölpreise resultierten. Getrieben von dem Bedürfnis, diese Überschüsse zu investieren, zogen sie Vorteile aus der wirtschaftlichen Verwundbarkeit der südlichen Staaten, wo sie auf aggressive Weise versuchten, Darlehen an den Mann zu bringen. Unerbittlich und skrupellos zeigten die Kreditgeber keinerlei Respekt für interne demokratische Abläufe und nationale Gesetze. Die Kredite wurden an korrupte Regierungen und dubiose Projekte vergeben, die entweder nicht machbar waren, den Gemeinden und der Umwelt Schaden zufügten oder durch Bestechung mit überhöhten Zinsen verdorben waren. Die Kreditgeber verlängerten ebenfalls eigenmächtig Kredite an private Unternehmungen, die die Bürgerschaft ihrer Regierung benötigten und versicherten sich somit der Rückzahlung durch die Steuerzahler.

Heimtückischerweise wurden die hohen Mengen an gewährten Krediten in den Siebzigern und Achtzigern auch durch politisch motivierte Gründe forciert. Die nördlichen Regierungen benutzten den IWF und die Weltbank, um ihre militärpolitischen und wirtschaftlichen Interessen im Süden voranzubringen. Angesichts verstärkter Befreiungsbewegungen im Süden stützten die Kredite der WB und des IWF Diktaturen und autoritäre Regime, die den Vereinigten Staaten loyal ergeben waren – so wie das Marcos-Regime auf den Philippinen, Mobutu in Zaire, Suharto in Indonesien und die sukzessiven Diktaturen in Argentinien. Den unrechtmäßig erworbenen Wohlstand dieser Despoten und ihrer Spießgesellen, den sie durch die Transaktionen der drückenden Schuldenlasten erlangt haben, müssen die Menschen des Südens noch bis heute abzahlen.

Die externen Schulden der südlichen Länder wuchsen während der Siebziger massiv an und führten letzten Endes zu einer Schuldenkrise in den frühen Achtzigern. Eine heftige globale Rezession leitete die Achtziger ein, während der die Nachfrage nach Handelswaren der südlichen Länder stark zurückging, und während der die Zinssätze als ein Resultat der Politik der freien Wechselkurse stark anzogen. Alleine durch die Androhung Mexikos im Jahre 1982, die Zahlungen nicht zu erfüllen, geriet das Problem in den Fokus der internationalen Gemeinschaft. Damals standen viele der betroffenen Staaten am Rande des finanziellen Zusammenbruchs oder durchliefen ein ernsthaftes Wirtschaftstief.

In den wirtschaftlich darauf folgenden erfolgreicher Jahren vereinnahmten die Rückzahlungsverpflichtungen des Südens große und kontinuierlich steigende Anteile der Staatshaushalte, was in einem Abbau der Grundleistungen und der öffentlichen Versorgungseinrichtungen resultierte. Ein Teufelskreis begann, da die Regierungen, alleine um ihre Schulden zurückzuzahlen, immer neue Kredite aufnehmen mussten.

Der IWF, die Weltbank und die Kredit gebenden Regierungen, angeführt durch die G7 Staaten, setzten zahlreiche Programme zur „Schuldnerentlastung“ in Gang, doch diese Programme waren teilweise eine Antwort auf Anti-Schulden-Kampagnen und auf die öffentliche Meinung und somit darauf ausgerichtet, als möglichst große Hilfe für die an ihren Schulden leidenden Ländern zu erscheinen. Doch diese Modelle waren hauptsächlich darauf ausgelegt, die Schuldner auch weiterhin in der Abhängigkeit zu belassen, sprich, dafür zu sorgen, dass sie ihre Schulden weiterhin zurückzahlen, sich weiterhin fremdfinanzieren lassen und an den wirtschaftlichen Leitsätzen festhalten. Folglich haben diese Programme eher den Kreditgebern noch größere Vorteile verschafft, als den Schuldnern eine wirklichen Erleichterung zu ermöglichen.

So zum Beispiel der “Brady Plan” der frühen neunziger Jahre, der auf die von der Schuldenkrise der frühen Achtziger betroffenen Länder wie Argentinien, Mexiko, Brasilien oder die Philippinen abzielte und der einen Großteil der kommerziellen Schulden in Schuldscheine umwandelte, Instrumente, die stärkere Zahlungsver-

pflichtungen enthalten und über die nicht neu verhandelt werden kann. Anstatt also für die Reduktion der Schulden den Weg zu ebnen, erlaubte dieses Programm den Kreditgebern, ihre Verluste zu reduzieren, es verwandelte die Schulden in am Sekundärmarkt handelbare Papiere, die Profit einbrachten und die Schulden der Zielländer transparenter machten, so dass weitere finanzielle Mittel vergeben werden konnten. Kurz gesagt führte der Brady Plan also in höhere Verschuldungen und zu höherer Aufnahme von Fremdmitteln. Weniger als ein Jahrzehnt später rutschte Argentinien in eine weitere Schuldenkrise und andere Länder zeigten Anzeichen, mit in diesen Strudel gerissen zu werden.

Der internationale Währungsfonds und die Weltbank veröffentlichten Mitte der Neunziger die Initiative für den Schuldenerlass für hoch verschuldete Entwicklungsländer (Heavily Indebted Poor Country kurz HIPC). Trotz der Wiedereinführung der Erweiterten HIPC-Initiative in den späten Neunzigern war dieses Programm wenig mehr als ein Mechanismus, der den Kreditgebern half, ihre Bücher zu bereinigen und Geld von den Staaten einzutreiben, die dabei waren, mit ihren Zahlungen in Verzug zu geraten oder bereits in Verzug waren. Die HIPC-Initiative bestimmte auch die Einwilligung in Struktur Anpassungsprogramme (SAP) als Erfordernis für die Berechtigung und wandelte diese SAPs im Jahr 2000 letztendlich in Bank- und Fondsverpflichtete Strategiepapiere zur Reduktion der Armut (kurz PRSPs) um.

Trotz dieser Programme zum Schuldenerlass **belief sich die Fremdverschuldung des Südens im Jahre 2002 auf 2,4 Trillionen US-Dollar**, während sie im Jahre 1980 noch 580 Billionen US-Dollar betragen. Die gesamten Schuldentrückzahlungen der südlichen Länder beliefen sich auf 4,8 Trillionen US-Dollar in den letzten 22 Jahren.

Facelifting an den Struktur Anpassungsprogrammen

Als sich die Schulden der südlichen Länder zu unglaublichen Größenordnungen aufschwangen, verschaffte das der Weltbank und dem IWF noch größeren Einfluss auf deren Regierungen. WB, IWF und ihre regionalen Gegenstücke benutzten die **Schulden als Druckmittel**, mit denen sie den Schuldnerländern eine Wirtschaftspolitik aufzwingen, die sie als Leitsatz anerkennen mussten, und die mit den Leihverfahren verknüpft war, sowie eine Bedingung für die Anerkennung der Kreditwürdigkeit darstellte. Eine Bewertung, die die internationale Finanzgemeinschaft benutzt, um Zugang und Gewährungsbedingungen eines Kredites festzulegen.

Diese wirtschaftlichen Leitsätze schließen nicht nur Richtlinien ein, die als notwendig erachtet werden, um sich der Kreditrückzahlungen zu versichern, sie erfordert auch die Restrukturierung der südlichen Wirtschaftssysteme, um Kapital- und Warenfreizügigkeit zu sichern. Folglich sind die südlichen Länder schutzlos gegenüber noch größeren Raubzügen internationaler Kooperationen, internationaler Banken und anderer Finanzinstitutionen sowie nördlicher Regierungen. Gleichfalls orientieren sich die südlichen Länder mehr und mehr an der globalen Wirtschaft und werden stärker in diese integriert, müssen sich immer mehr nach den Anforderungen des Weltmarktes richten und werden noch abhängiger von internationalen Investitionen und Krediten. Dieser Prozess, Globalisierung genannt, ist die direkte Konsequenz der Politik des IWF, der Weltbank und ihrer regionalen Partner.

Seit den späten siebziger Jahren hat der IWF die Schuldnerländer gezwungen, Fonds-Programme zu implementieren, die restriktive Fiskal- und Geldpolitik einführen, inklusive Bereiche wie das Steuerwesen, Budgets und öffentliche Ausgaben, Zinssätze, Wechselkurse, internationale Reserven und Geldumlauf. Insbesondere Länder, die eine Zahlungsbilanzkrise durchlaufen, sind dazu gezwungen, strenge Prüfungen, auch als „**Stabilisierungs**“-Programme bekannt, über sich ergehen zu lassen.

Auf der anderen Seite verschärft die Weltbank die Einhaltung von ausgedehnten Langzeit-**Struktur Anpassungsprogramme** (SAPs),

die Liberalisierung von Handel und Finanzen, Deregulierung der Industrie und Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen sowie der Energieversorgung umfassen. Die Bank bürdet den südlichen Ländern diese Politik nicht nur als Kreditvergabeleitsätze auf, sie finanziert die Durchführung dieser Strategien und stellt die benötigte Fachkenntnis und die technische Hilfe zur Verfügung.

Die Auswirkungen dieser Anpassungspolitik sind gut dokumentiert. Zahlreiche Zeugenaussagen, Einschätzungen und Studien bezeugen ihre **desaströsen Auswirkungen**.

*Die Politik des IWFs, die sich als Hemmschuh auswirkt, hat zu einem **dramatischen Rückgang der öffentlichen Ausgaben für soziale Sicherungssysteme** und zu einer ernsthaften Verschlechterung öffentlicher Gesundheitssysteme und der Schulbildung, einem Rückgang von Wohnungsbaumaßnahmen sowie Massenentlassungen von Staatsbediensteten geführt, weiterhin brachte sie den Ländern regressive Steuersysteme, steigende Zinssätze und höhere Preise für Grundstoffe ein.

*Die Struktur Anpassungsprogramme der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken haben zur **Zerstörung lokaler Unternehmen und lokaler Landwirtschaft** geführt, Jobs und Existenzen zerstört, die Einkommen verringert, die Preise erhöht, den Zugang zu medizinischer Hilfe, zu Bildung und zu lebenswerten Wohnungen erschwert, ganze Gemeinden, besonders die der Einheimischen, versetzt, der Umwelt massiven Schaden zugefügt, die souveräne Kontrolle der Länder über natürliche Ressourcen und über Entwicklungsprogramme untergraben. Durch die geschlechtsspezifische Diskriminierung noch zusätzlich benachteiligt, leiden Mädchen und Frauen sogar noch stärker unter Ausgrenzung und Verarmung.

Seit Jahren sind diese internationalen Finanzinstitutionen unnachgiebig in ihren Bemühungen, **die Privatisierung von Wasser- und Energieversorgern voranzutreiben**. Die Weltbank, der IWF und die regionalen Entwicklungsbanken haben förmlich den roten Teppich ausgerollt für die größten Wasser- und Energieimperien der Welt. Diesen werden von den südlichen Regierungen lukrative wirtschaftliche Rahmenbedingungen versichert.

Die Erfahrungen mit der Privatisierung von Energie- und Wasserversorgung widerlegen klar die Behauptung, dass private Versorger effizienter arbeiten und billigere Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Konstant steigende Gebühren und daraus folgend zunehmend weniger Zugangsmöglichkeiten der Bevölkerung zu den Dienstleistungen, unerfüllte Versprechungen, was die Verbesserung der Infrastruktur betrifft und folglich größere Risiken in der öffentlichen medizinischen Versorgung, dehnbare Kontrollen, dubiose Finanz- und Managementtransaktionen und Verfahren sowie außerordentliche Geschäftsvergütungen sind typische Charaktermerkmale der Privatisierung, die für das ganze Gegenteil eintritt. Es zeigt sich, dass das Vertrauen in Privatisierung, das die Institutionen an den Tag legen und das sie zur Bedingung für die Vergabe von Krediten gemacht haben, multinationalen Konzernen eine weitere Möglichkeit verschafft hat, auf dem Rücken der Verbraucher garantierten Profit zu machen.

Typisch für ihren Hang zur **Doppelzüngigkeit** ist, dass IWF und Weltbank eingeräumt haben, einige Fehler begangen zu haben und dass sie einige der „sozialen Folgen der Anpassung“ anerkannt haben. Dennoch haben sie nicht nachgelassen, ihre Politik und ihre Programme weiter zu verfolgen. Stattdessen haben sie im Jahr 2000 lediglich etwas Facelifting an ihren Struktur Anpassungsprogrammen betrieben und sie als zur Berechtigung zur Teilnahme an der HIPC-Initiative erforderliche PRSPs und zur Bewilligung von Krediten neu aufgelegt. Die Programme sind essentiell dieselben geblieben, mit den beiden Vorgaben, die Kreditrückzahlungen abzusichern und industrialisierten, kapitalistischen Ländern die freie Vorherrschaft über die Weltwirtschaft zu sichern. (...)

<http://jubileesouth.org/upload1/enddestruction.html> Übersetzung: Franziska Beetz und Leon Pulvermacher, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen, cooridtrad@attac.org

"Argentiniens Diktatur-Schulden sind sittenwidrig"

Attac und erlassjahr.de fordern Expertenanhörung bei laufendem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Frankfurt/Düsseldorf 17.11.2004

Das Bundesverfassungsgericht soll in einem derzeit laufenden Verfahren internationale Experten anhören, um die Rechtmäßigkeit der argentinischen Schulden aus der Zeit der Militärdiktatur und die Rechtskräftigkeit der aktuellen Anleiheverträge zu überprüfen. Das fordern das globalisierungskritische Netzwerk Attac und das bundeseite Entschuldungsnetzwerk erlassjahr.de heute in einem Brief an das Bundesverfassungsgericht. "Die Militärjunta in Argentinien hat mit internationalen Geldern schwere Menschenrechtsverletzungen finanziert", sagte Markus Meinzer von der Attac-AG Finanzmärkte. "Darum sind auch die zugrundeliegenden Schuldverträge nach deutschem und internationalem Recht sittenwidrig und unwirksam."

In der Bundesrepublik sind derzeit etwa 100 Verfahren gegen die Republik Argentinien

anhängig. Damit wollen Privatgläubiger ihre Forderungen gegen das Land eintreiben, das seine Zahlungen im Rahmen seines finanziellen Staatsnotstands suspendiert hat. Mehrere dieser Verfahren liegen derzeit zur Prüfung beim BVG (AZ: 2 BvM 1-5/03 und 2 BvM 6-7/03). Auf dem Wege eines so genannten "Amicus-Curiae-Verfahrens" haben Attac und erlassjahr.de nun die Anhörung von sachkundigen Dritten in diesem Prozess gefordert, darunter einen Botschafter und einen Richter aus Argentinien sowie die Professoren Günther Frankenberg (Frankfurt/M.) und Ashfaq Khalfan (Quebec).

Ihre Argumentation, dass auch die aktuellen Anleihen durch Umschuldungen aus den Krediten der Militärdiktatur hervorgegangen und daher unwirksam sind, stützen Attac und erlassjahr.de sowohl auf internationales Recht (Völkergewohnheitsrecht, ius cogens, Wiener Vertragskonvention) als auch auf deutsche Gesetze (GG, BGB). Die Forderung ans BVG wird zudem unterstützt vom argentinischen Abgeordneten Mario

Cafiero, der zu den Initiatoren einer Gesetzesinitiative im argentinischen Parlament gehört, mit der die Auslandsschulden der Militärdiktatur für sittenwidrig erklärt werden sollen.

Mit diesem juristischen Vorstoß untermauern Attac und erlassjahr.de ihre politische Forderung nach einem Schuldenerlass für Argentinien. "Bei den heutigen Schuldenkrisen muss die Legitimität der Schulden viel stärker hinterfragt und die Verantwortung der Gläubiger und der Banken ins Blickfeld genommen werden" sagte Jürgen Kaiser, Politischer Koordinator von erlassjahr.de. Im Rahmen der Kampagne "Argentiniens Schulden müssen weg" haben die Organisationen diese Forderung in den letzten Wochen mit Postkarten, E-Mails und einer Vortragstour vorangetrieben.

Weitere Informationen:

www.attac.de/argentinien

http://www.attac.de/presse/presse_ausgabe.php?id=38

Weitere Texte zu IWF und Weltbank unter: <http://www.attac.de/archiv/index.php#welthandel>

Wangari Maathai

(Friedensnobelpreis 2004)

Mit der nationalen und lokalen Selbstbestimmung beginnt alles

taz: Frau Maathai, Sie haben mit mehr als 30 Millionen gepflanzten Bäumen Ihre Heimat Kenia vor Erosion und Versteppung gerettet. Wie kam es zur Gründung des Umweltprojekts Grüner Gürtel, dem Green Belt Movement?

Wangari Maathai: Die Idee entstand, als ich in den Siebzigerjahren Präsidentin des kenianischen Frauenverbands war. Die Nöte der Frauen in den Armengebieten und auf dem Land drehten sich im Kern um zentrale Grundbedürfnisse. Und ich hatte das Gefühl, dass diese Grundbedürfnisse am ehesten befriedigt werden könnten, wenn wir dort Bäume pflanzen.

Ursprünglich ging es also nicht vorrangig um den Umweltschutz?

Das Grundanliegen war: Wenn es uns gelingen würde, den Armen ein Grundwissen über das Pflanzen von Bäumen zu vermitteln, könnten sie sich schon bald mit Obst, Feuerholz und Baumaterial versorgen. Einen Teil der Ernte könnten sie außerdem verkaufen und damit ihre Armut lindern. Und bei all dem würden sie ihre Umwelt aufwerten. Das waren die ursprünglichen Ideen dahinter - es ging ums Überleben.

Trotzdem wurde aus dem Green Belt Movement eine starke Umweltbewegung

Das wuchs mit den Bäumen. Erst nach vielen Jahren haben wir begonnen, den Menschen die Zusammenhänge zwischen der ökologischen Zerstörung des Landes und ihrer sozialen Situation aufzuzeigen. Dann konnten sie auch erkennen, dass sie mitverantwortlich waren an eben den Problemen, die sie beklagten. Mittlerweile erkennen sie die Notwendigkeit, Wälder zu schützen, Naturflächen zu erhalten, die Qualität des Saatguts zu verteidigen und den Kleinbauern Rechte zu geben, damit sie von ihrer Arbeit auch leben können, ohne das Land auszubeuten.

Vollzieht sich diese Politisierung also von allein, wenn Menschen beginnen, sich um ihre Angelegenheiten zu kümmern?

Ja, denn wenn man einmal die Zusammenhänge begriffen hat, dann beginnt man automatisch, nicht mehr nur die Symptome zu behandeln, sondern nach den Wurzeln der Missstände zu fragen. Ernsthafter Umweltschutz führt immer in die Politik. Und dann wird einem klar, dass man die nationale Politik in Frage stellen, die eigene Regierung kritisieren muss.

Sie haben aber nicht davor Halt gemacht, nur die kenianische Regierung zu kritisieren.

Wenn man auf lokaler Ebene die Wurzeln der Fehlentwicklung anschaut, führt einen das zur Politik der eigenen Regierung und zu den Gesetzen, die Umweltzerstörung und Verantwortungslosigkeit legitimieren. Damit geht es los. Aber natürlich sind viele Probleme globaler Natur. Eine Wurzel des Übels ist die Globalisierung, die schrankenlose Öffnung der Märkte, die verborgenen Interaktionen zwischen unserer Regierung, der Weltbank, dem Weltwährungsfonds und anderen Regierungen. In dieser komplexen Interaktion wird es für nationale Regierungen immer schwieriger, die eigene Umwelt zu schützen, denn sie sind einem enormen Druck ausgesetzt - durch die Verschuldung.

Welche Rolle spielt die Schuldenfrage für die ökologische Zerstörung der afrikanischen Länder?

Eine zentrale Rolle. Wenn wir es nicht schaffen, diese niemals zurückzahlbaren Schuldenberge der armen Länder dieses Planeten aufzulösen, führt das überall dazu, dass die nationalen Regierungen diesen Druck an die kleinen Farmer weitergeben, die dann die Ressourcen gnadenlos

ausbeuten. Das hat zur Folge, dass die Umwelt ausgehöhlt wird und mit ihr die Fähigkeit dieser Länder, eine eigene funktionierende Landwirtschaft für die Zukunft zu erhalten. Die Schulden provozieren ja direkt den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln, um die Produktionsmengen zu erhöhen.

Halten Sie die nationale und lokale Selbstbestimmung für das Fundament aller Lösungen?

Damit beginnt alles. Aber um sicherzustellen, dass weder die zuständigen Beamten noch die Minister oder Präsidenten die Wälder und Bodenschätze als ihren persönlichen Besitz ansehen, brauchen wir auch die internationale Ebene. Denn mit zunehmender Globalisierung wird die Forderung, sich für einen so genannten freien Markt zu öffnen, immer stärker. Ich bin fest davon überzeugt, dass es keinen freien Markt geben kann ohne den gleichzeitigen Schutz der Umwelt, der Böden, der Gewässer vor Ort.

Wie sollte dieser Schutz aussehen?

Geschäftsleute dürfen nicht nur das Recht auf freien Handel und Profite im Auge haben. Sie müssen zugleich ihre Verantwortung für die Umwelt und die kommenden Generationen ernst nehmen. Deshalb brauchen wir so etwas wie einen globalen ethischen Code.

Haben Sie so schlechte Erfahrungen mit ausländischen Unternehmen gemacht?

Es gibt eine Menge Unternehmen aus Amerika, Japan und Europa, die in ihren Heimatländern enorm vorsichtig mit der Umwelt umgehen, das Interesse der Bevölkerung an einer gesunden Zukunft respektieren und die nationalen Gesetze sorgfältigst einhalten. Wenn sie aber in die afrikanischen Länder kommen, wo wir meist unter korrupten Regierungen leiden, nutzen sie das gnadenlos aus: Sie beuten die Regierung, die Bevölkerung und die Ressourcen aus, die Umwelt wird zerstört, als wäre das vollkommen selbstverständlich. Es darf einfach nicht länger unterschiedliche Maßstäbe geben.

Ein wichtiger Teil der Green-Belt-Bewegung sind die Frauen. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Emanzipation und Ökologie?

Frauen waren immer der stärkste Arm der Green-Belt-Bewegung. Sie sind traditionell die Hersteller von Saatgut, sie sind die Pflanznerinnen, sie pflegen die Baumschulen. Aber wir Frauen sind uns der Tatsache sehr bewusst, dass sich auch unsere Männer emanzipieren müssen. Sie müssen ebenso eine Rolle beim Schutz der Umwelt spielen. Die Unterdrückung und mangelnde Gleichberechtigung afrikanischer Frauen liegt zum großen Teil an den politischen und sozialen Systemen, die noch aus der Kolonialzeit stammen. Dieses Erbe unterdrückt aber nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer. Und ich weiß aus Erfahrung: Männer brauchen Ermutigung genauso wie die Frauen.

Aber Ihre Heimat Kenia ist doch eine streng patriarchale Gesellschaft ...

Ich setze trotzdem auf die Kooperation. Wo könnten wir heute stehen, wenn wir früher begonnen hätten, zusammenzuarbeiten! Was hätte alles getan werden können für unsere und die kommenden Generationen! Ich hoffe darauf, dass eines Tages unsere Männer die Kraft haben, aufzustehen, um nicht nur die Interessen der Frauen, sondern auch ihre eigenen zu schützen, statt sich zurückzulehnen und sich zu den korruptesten Menschen der Welt machen zu lassen, indem sie die Plünderung ihres Landes zulassen, sich auch noch daran beteiligen und vorgeben, Frauen und Kinder zu schützen. Jede Gesellschaft, in der Männer nicht in der Lage sind, ihre schwächsten Mitglieder zu schützen, braucht eine Menge Ermutigung und Emanzipation.

Das klingt nach einem noch sehr langen Weg.

Ich weiß sehr gut, dass wir noch ganz am Anfang stehen. Aber ich bin stolz darauf, unterwegs zu sein, auch wenn ich persönlich vielleicht nie ankomme. Wer den Weg kennt, wird nicht müde.

Dass Umweltschutz und sozialer Frieden zusammengehören, haben Sie mit dem

Green Belt Movement bewiesen. Sehen Sie diesen Zusammenhang auch global?

Natürlich. Und das nicht erst, seit ich den Friedensnobelpreis zugesprochen bekommen habe. Die Menschen befinden sich in einem Krieg gegen die Natur, und die Zahl der Opfer ist riesig. Schon heute sind mehr als die Hälfte der Flüchtlinge Umweltflüchtlinge. Und es wurden und werden zahllose Kriege um Bodenschätze und Ressourcen geführt. Das Problem ist hochaktuell, weil Ressourcen immer knapper werden. Wenn wir es schaffen, nachhaltiger mit ihnen umzugehen, können gegenwärtige und künftige Konflikte entschärft werden. Der Schutz der globalen Umwelt steht in direkter Beziehung zur Friedenssicherung.

Was kann der Westen von Afrika lernen?

Die Kultur unserer Vorväter war eine kommunitäre Kultur, sie kümmerte sich um den Nächsten, war nicht so besitzergreifend, besonders nicht gegenüber Gütern wie Wasser, Luft und Wald. Ich will damit nicht sagen, dass alle Werte der traditionellen afrikanischen Kultur perfekt waren. Kultur ist nicht etwas Statisches, sie muss sich verändern, und das geschieht immer durch die Interaktion mit anderen Kulturen. Jede Kultur hat etwas Spezifisches, das ihr aus der Vergangenheit überliefert und mitgegeben ist. Auf diese Vielfalt müssen wir bauen.

Statt globalisierter Einfalt betonen Sie also die Unterschiede?

So hat Gott uns doch erschaffen: mit all unseren Unterschieden. Überall in der Natur finden wir enorme Vielfalt. Deshalb sagen wir Nein zu Monokulturen bei Pflanzen, bei Tieren und unter Menschen. Wir können nicht eine globalisierte Menschheit mit einer Kultur werden. Wir müssen lokales Selbstvertrauen entwickeln, müssen wissen, wer wir sind, und was wir uns wert sind. Dann können wir auch der Natur und kommenden Generationen einen eigenen Wert zubilligen. Tun wir das nicht, dann reduzieren wir uns zu konsumierenden Einzelkämpfern, die ihren Lebenssinn im Kaufen finden und nur für den Moment leben.

Interview: Geseko von Lüpke, TAZ 10.12.2004

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen. -Die Redaktion dieser Nummer: Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen: – Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 € 2 Hefte: 5 € 3 Hefte: 7 € ab 4 Hefte: 2 € pro Heft, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft

Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.

– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto:
Kontoinhaber: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67

Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG

Auf dem Überweisungsschein unbedingt angeben: SIG und die bestellte(n) Nummer(n).